

Halbmonatsschrift für Ostpolitik / Herausgeber: Bund Deutscher Osten e. V.

Nr. 8	Berlin, den 15. April 1938	19. Jahrgang

Teschener Gebiet und Polen

Es ist eine Erscheinung, die im Laufe der letzten Jahre schon mehrfach festgestellt werden konnte, daß die polnische Außenpolitik einen nicht unwesentlichen Teil ihrer Erfolge den Erfolgen der deutschen Außenpolitik verdankt. In ganz ähnlicher Form wie gegenüber Litauen hat Polen unter Ausnutzung der deutsch-österreichischen Ereignisse auch seine Stellung gegenüber der Tschecho-Slowakei zu stärken versucht. Auch gegen diesen Staat ist durch die genannten Ereignisse eine verstärkte polnische Aktivität ausgelöst worden. Das ist in zweifacher Hinsicht der Fall: Einmal hat die Tätigkeit der polnischen Volksgruppe im Zusammenhang mit der durch diese Ereignisse ausgelösten Zusammenschlußbewegung innerhalb des Sudetendeutschtums einen starken Auftrieb erhalten; und zweitens hat die polnische Oeffentlichkeit in Erkenntnis der Verlegenheit und Bedrängnis, in die die Prager Politik durch den endgültigen Zusammenbruch ihrer Donaupläne geraten ist, die Ansprüche, zu denen sie sich gegenüber der Tschecho-Slowakei für berechtigt hält, zur Kenntnis gebracht.

Ebenso wie das Sudetendeutschtum aus den Ereignissen der letzten Wochen geeinter und stärker als je hervorgegangen ist, haben sich auch die im Teschener und Mährisch-Ostrauer Gebiet lebenden Polen unter Auflösung ihrer bisher getrennt marschierenden Gruppen, des „Verbandes der Schlesischen Katholiken" und der „Polnischen Volkspartei", zu einer politischen Einheitsorganisation, dem „Bund der Polen in der Tschecho-Slowakei", zusammengeschlossen. Mit der „Polnischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei", die ähnlich der Deutschen Sozialdemokratischen Partei, aber nicht in der gleichen gehässigen und volksverräterischen Feindschaft wie diese, beiseite steht, hat der neue Bund „die Unterhaltung guter Beziehungen und die Zusammenarbeit zum Wohle des polnischen Volkes" vereinbart. „In dem Augenblick", so hat es in einem entsprechenden Aufruf geheißen, „da sich in der Tschecho-slowakischen Republik das Schicksal aller Nationalitätenfragen entscheidet und sich am politischen Horizont das Bild einer neuen völkischen Zukunft der Minderheiten in diesem Staate abzeichnet, sind wir an die Stärkung unserer polnischen organisatorischen Geschlossenheit gegangen." In dem Aufruf ist dann verlangt worden, daß der nationale Besitzstand des Polentums aus der Zeit vor der Teilung des Teschener Schlesien wiederhergestellt wird, daß die wirtschaftliche Bevorzugung der fremden (d. h. der tschechischen) Zuwanderer gegenüber den Einheimischen abgeschafft wird und daß der polnischen Bevölkerung die volle Gleichberechtigung zuerkannt, die Möglichkeit einer angemessenen materiellen Existenz gegeben und die völlig unbehinderte volkspolitische Betätigung garantiert wird. Und dann hat es weiter geheißen: „Weil die bisherigen Mittel zur Erlangung dieser Ziele versagt haben, ist es unerläßlich geworden, daß auch der polnischen Bevölkerung das Recht der selbständigen Bestimmung über ihre kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse und deren Befriedigung gesetzlich garantiert werden. Der Bund der Polen in der Tschecho-Slowakei wird also wie die anderen Nationalitätengruppen im Staate die völkische Autonomie im Rahmen des tschecho-slowakischen Staates verlangen."

Die polnische Oeffentlichkeit hat sich diese Forderung der Polen des Teschener und Mährisch-Ostrauer Gebietes in vollem Umfang zu eigen gemacht. Für sie aber ist das

. . . Sie, mein Führer, waren einst der unbekannte Meldegänger im Großen Krieg. Wie vielen mögen Sie als dieser einfache unbekannte Meldegänger durch Erfüllung Ihrer soldatischen Pflicht das Leben gerettet haben. Wie viele, vielleicht entscheidende Wendungen hingen von ihrer Pflichterfüllung ab. . . Und Sie gingen heim aus dem Großen Krieg und begannen erneut, Ihre Pflicht zu erfüllen. Jene Pflicht, die bei der übrigen Welt so wenig Geltung besaß und so wenig populär war, die Pflicht für die Rettung des Volkes aus seiner tiefsten Schmach. Sie wurden so zum Meldegänger des Schöpfers. Sie, mein Führer, sind Meldegänger des Herrgotts zum deutschen Herzen. Und Sie haben nicht nur vielen das Leben gerettet oder entscheidende Wendungen herbeigeführt. Jetzt haben Sie ein ganzes Volk befreit, und es dann so herrlich, so groß und so stark gemacht, es zu einer Gemeinschaft geschmiedet, die zuerst sich selbst gehört, keinen Teufel zu fürchten braucht und die selbst deshalb auch der Herrgott mit seiner Gnade segnet. Sie, mein Führer, haben allen Deutschen das Vaterland erobert. . .

(Gauleiter Bürckel an den Führer am 10. April 1938)

Wohlergehen der Polen in der Tschecho-Slowakei nicht nur Ziel, sondern darüber hinaus auch politisch-spekulatives Moment. Hält man zwei polnische Pressestimmen, die sich unter dem Eindruck der Wiedervereinigung Deutschösterreichs mit dem Reich und der Zusammenschlußbewegung innerhalb des Sudetendeutschtums mit der tschechischen Frage befaßt haben, nebeneinander, so hat man das wesentliche Ergebnis dieser politischen Spekulation. In dem einen dieser Artikel, der im „Nowy Kurjer" erschienen ist, hat es geheißen: Alle Völker der Tschecho-Slowakei verlangten die volle Autonomie; diese Autonomie müsse ihren strukturellen Ausdruck in einer Aufteilung der tschecho-slowakischen Republik in Nationalitätenkantone erhalten. Doch werde auch das die endgültige Lösung der Probleme des künstlichen tschecho-slowakischen Gebildes nicht verhindern, sondern nur hinauszögern können. Es stehe jedenfalls fest, daß die Tschecho-Slowakei heute keine Aussicht mehr habe, eine zweite Schweiz zu werden. In dem anderen Artikel, der im „Slowo" erschienen ist, sind folgende Gedanken dargelegt worden: Vom polnischen Standpunkt aus würde die Vereinigung der sudetendeutschen Gebiete mit dem Deutschen Reich noch keine Lösung der tschecho-slowakischen Frage bedeuten. Es sei die Aufgabe der polnischen Politik, dahin zu streben, daß die alten Grenzen Ungarns, die Polen an den Karpathen unmittelbar berührten, wiederhergestellt würden, während der jetzt tschechische Teil des Teschener Schlesien dem polnischen Staate zufallen müsse.

Selbstverständlich liegt es den verantwortlichen Trägern der polnischen Außenpolitik vollkommen fern, sich in dem gleichen Sinne wie der „Nowy Kurjer" oder das „Slowo" zu äußern. Es bleibt aber folgendes zu bemerken: 1. Die Veröffentlichung von Artikeln, die die Aufteilung der Tschecho-Slowakei als eine Aufgabe der polnischen Politik proklamieren, bewegt sich im Rahmen der Auffassung, die Warschau vom Recht der freien Meinungsäußerung hat. 2. Die Autonomieforderung der Polen im Teschener und Mährisch-Ostrauer Gebiet wird von Warschau gebilligt und unterstützt. 3. Der Slowakische Rat, der von Genf aus eine ungarnfreundliche Lösung der slowakischen Frage im antitschechischen Sinne betreibt, findet in Warschau keine verschlossenen Ohren. 4. Es ist kein Geheimnis, daß die Forderung nach der Wiederherstellung einer gemeinsamen polnisch-ungarischen Grenze längst aufgehört hat, die fixe Idee eines Wilnaer Journalisten zu sein, nachdem es den Bemühungen einerseits Italiens und andererseits Polens gelungen ist, die Revisionsforderungen Ungarns sowohl vom südslawischen wie vom rumänischen Staatsgebiet abzulenken und in ihrer ganzen Stoßkraft nach Norden zu orientieren. Wenn es demnach scheint, daß man in Warschau Anlaß zu haben glaubt, mit dem Zerfall des tschechischen Staates in dieser oder jener Form rechnen zu dürfen, so ist es verständlich, wenn man in Warschau

darauf bedacht ist, die Forderungen, die man in diesem möglichen Falle im Interesse Polens anzumelden für notwendig hält, rechtzeitig zu unterbauen.

Den brauchbarsten Ansatzpunkt hierfür bietet das Teschener und Mährisch-Ostrauer Gebiet. Dort sitzen Polen in größerer Zahl. Die von der polnischen Propaganda angegebene Zahl von 250 000 Polen ist allerdings stark übertrieben. In Wirklichkeit handelt es sich, was gleich vorweg bemerkt werden muß, bei dem von der polnischen Propaganda in Anspruch genommenen Bevölkerungsteil in der Hauptsache um Slonsaken, also um eine Bevölkerungsschicht, die ein durchaus eigenes Stammesbewußtsein besitzt, eine starke kulturelle Neigung zu dem im Lande seit sieben Jahrhunderten ansässigen Deutschtum verrät und sich in ihrem Geschichtsbewußtsein weitgehend vom Polentum unterscheidet. Aehnlich wie im benachbarten Oberschlesien setzt sich der Bevölkerungsteil mit polnischem Nationalbewußtsein auch im Teschener Schlesien aus zwei verschiedenen Elementen zusammen, und zwar aus Polen, die im Zuge der raschen Industrialisierung ins Land geströmt sind, und aus mehr oder weniger polonisierten Slonsaken. Die nationalpolnische Bewegung ist erst im Laufe der letzten Jahrzehnte vor dem Kriege zu größerer, politisch wirksamer Bedeutung gelangt. Es ist für den Wert der polnischen These bezeichnend, daß die Polen es nach dem Zusammenbruch der Habsburgermonarchie, als der Streit um das Teschener Schlesien entbrannte, schließlich doch nicht gewagt haben, es in diesem Lande auf eine Volksabstimmung ankommen zu lassen, obwohl sie zunächst selber eine Volksbefragung beim Botschafterrat in Paris angeregt hatten. Am 13. April 1920 hat der Beauftragte des Warschauer Außenministeriums in Teschen, Dr. Günther, an seine Regierung geschrieben: „Wenn das Plebiszit stattfinden sollte, werden wir alles verlieren"; und der ehemalige polnische Staatsbeauftragte in Teschen, Zamorski, hat am 19. April 1920 in Lemberg in einer öffentlichen Versammlung davon gesprochen, daß eine Volksabstimmung im Teschener Schlesien für Polen „eine Niederlage von unberechenbaren Folgen" sein werde. Die Polen haben damals Gelegenheit gehabt, sich davon zu überzeugen, daß die „polnische Volkszugehörigkeit" der Slonsaken zum mindesten eine sehr fragwürdige Angelegenheit ist. Andernfalls hätte es der damalige polnische Außenminister Patek im Juni 1920 nicht nötig gehabt, bei den einschlägigen Beratungen im Botschafterrat dem Plan einer Volksabstimmung im Teschener Schlesien mit solcher Entschiedenheit entgegenzutreten.

Bei der Volkszählung von 1921 sind in dem an die Tschecho-Slowakei gefallenen Teil des Teschener Schlesien 177 600 Tschechen, 69 300 Polen und 23 000 Deutsche tschecho-slowakischer Staatsangehörigkeit festgestellt worden. In dem benachbarten Bezirk Mährisch-Ostrau hat es unter 362 000 tschecho-slowakischen Staatsangehörigen nach Maßgabe der Volkszählung damals 1 595 Polen gegeben. Unter Zurechnung der damals festgestellten 26 100 Polen fremder Staatsangehörigkeit hat es also im Jahre 1921 westlich der Olsa knapp 100 000 Polen gegeben; das ist etwa ein Drittel weniger, als bei der letzten Vorkriegszählung im Jahre 1910 festgestellt worden sind, wobei zu bemerken ist, daß nach dem Kriege eine starke Rückwanderung nach Polen eingesetzt hat. Daß die Volkszählung von 1921 im tschechischen Sinne frisiert worden ist, und zwar ebenso zu Ungunsten des Deutschtums wie zu Lasten des Polentums, steht außer Frage. Bei allem berechtigten Mißtrauen gegenüber den tschechischen Zählungsmethoden hat die von polnischer Seite angegebene Zahl von 250 000 Polen jedoch gleichfalls keinerlei Wahrscheinlichkeit für sich. Es liegt auch kein Grund zu der Annahme vor, daß sich die Polen in Zukunft dazu entschließen könnten, im gegebenen Falle die Entscheidung über das Schicksal der Bezirke Schlesisch-Ostrau, Oderberg, Freistadt, Friedek, Teschen, Jablunkau und Mährisch-Ostrau einer Volksabstimmung anzuvertrauen. Das ist ein Umstand, der es natürlicherweise verbietet, die volkspolitischen Forderungen des Polentums dieser Bezirke mit den entsprechenden Forderungen des Sudetendeutschtums auf eine Stufe zu stellen. Denn das Sudetendeutschtum ist jederzeit bereit, durch eine Volksabstimmung den Nachweis für die Berechtigung seiner Forderungen zu liefern. Man muß also auch hier, ähnlich wie in der Kolonialfrage oder in der litauischen Frage, wieder feststellen, daß sich die polnische Politik bei ihren Versuchen, Nutzen aus den Erfolgen der deutschen Politik zu ziehen, wohl scheinbar ähnlicher, aber unvergleichlich schlechterer Beweismittel bedient, als sie die deutsche Politik einzusetzen vermag.

Der Handel zwischen Litauen und Polen

Es ist erklärlich, daß sich die Oeffentlichkeit Litauens und Polens, nachdem nunmehr mit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen die Oeffnung der seit 18 Jahren hermetisch geschlossenen Grenze für den Wirtschaftsverkehr in greifbarere Nähe gerückt ist, mit den Möglichkeiten, die sich einem Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern bieten, beschäftigt. Dabei sind zwei Fragen zu unterscheiden: 1. die Bedeutung, die Litauen für Polen als unmittelbarer Handelspartner besitzt, und 2. die Rolle, die Litauen als Transitland für den polnischen Außenhandel zukommt.

Vor dem Kriege bestanden im Rahmen des gemeinsamen russischen Staatsgebietes verhältnismäßig enge wirtschaftliche Beziehungen zwischen dem Gouvernement Kauen, das den wesentlichen Teil des heutigen litauischen Staatsgebietes ausmacht, und dem Gebiet des heutigen polnischen Staates. Das Kauener Gebiet lieferte damals in der Hauptsache Getreide und empfing dafür Zucker, Petroleum, Salz und vor allem Manufakturwaren aus dem Lodzer Rayon. Wichtiger als dieser unmittelbare Güteraustausch aber war für das Gebiet des heutigen polnischen Wilnakorridors die Tatsache, daß damals die großen Holzüberschüsse dieses Gebietes über die Floßstraße der Memel einen lohnenden Absatz nach dem damals reichsdeutschen Memel (und Königsberg) fanden, wo sie in den großen Sägewerken und Papier- und Zellulosefabriken für den weiteren Export verarbeitet wurden. 1912/13 belief sich der Gesamtgüterempfang Ostpreußens auf der Memel beim Grenzdurchgang Schmalleningken auf rund 1,1 Millionen Tonnen, und zwar ausschließlich Holz.

Der gesamte Wirtschaftsaustausch und Transitverkehr kam zum Erliegen, als im Jahre 1920 der polnische Ueberfall auf Wilna von litauischer Seite mit der Sperrung der Grenze beantwortet wurde. Allerdings lag der Wirtschaftsverkehr zwischen Litauen und Polen nur an der Wilnagrenze selbst vollkommen brach. Im übrigen aber gelangten auf anderen Wegen, namentlich über Danzig, auch in der Zeit des „latenten Kriegszustandes" polnische Waren nach Litauen und umgekehrt litauische Waren nach Polen. Im Jahre 1935 belief sich die Ausfuhr Litauens in das polnische Zollgebiet, zu dem bekanntlich auch die Freie Stadt Danzig gehört, auf 1 206 000 Lit, im Jahre 1936 auf 391 000 Lit und im Jahre 1937 auf 700 000 Lit, während aus dem polnischen Zollgebiet in den genannten Jahren Waren im Werte von 162 000, 61 000 und 100 000 Lit nach Litauen ausgeführt wurden. Die litauische Ausfuhr in das polnische Zollgebiet setzte sich im vergangenen Jahre aus Alteisen (319 000 Lit), Eichenstämmen (141 000 Lit), Leinsaat (47 000 Lit) und verschiedenen anderen kleineren Warenposten zusammen. Anders als der Warenaustausch konnte der Transitverkehr angesichts der grundsätzlichen Weigerung Litauens, den polnischen Gegner von den wirtschaftlich schädlichen Folgen seines Ueberfalls auf Wilna zu befreien, seit 1920 nicht wieder in Gang gebracht werden. Verschiedene Vorstöße Polens, die Oeffnung der Grenze (bzw. Demarkationslinie) für den Floßverkehr auf der Memel zu erzwingen, verliefen infolge der erstaunlichen Hartnäckigkeit Litauens im Sande. Ganz abgesehen davon, daß der Abschluß gegenüber Polen für Litauen volks- und staatspolitisch von Nutzen war, hatte Litauen auch wirtschaftlich unter der Grenzsperre zweifellos weniger als Polen zu leiden. Zwar wirkte sich das Fehlen des polnischen Holzes auf die memelländische Industrie außerordentlich nachteilig aus. Schwerer aber als diese Folge der Grenzsperre für Litauen fiel für Polen die Tatsache ins Gewicht, daß das Wirtschaftsleben seiner Nordostwojewodschaften weitgehend brachgelegt wurde. Der Wilnakorridor wurde, wie sich einmal ein polnischer Politiker ausdrückte, ein ungelüfteter Sack. Denn auch im Osten, gegenüber der Sowjetunion, wurde dieses Gebiet von einer wirtschaftlich toten Grenze umschlossen, und der Verkehr über die polnisch-lettländische Grenze war immer gering.

Den größeren Vorteil von einer offiziellen Aufnahme der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Nachbarn hätte zweifellos Polen. Daß es Litauen möglich sein würde, seine Ausfuhr nach Polen wesentlich über das in den letzten Jahren erreichte Maß hinaus zu steigern, muß fraglich erscheinen. Für seine landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die es im Ueberfluß produziert, würde es in Polen schwerlich einen lohnenden Abnehmer finden. Denn einmal würden die Preise, die solche litauische Erzeugnisse in Polen erzielen könnten, weit unter dem in Deutschland oder auch in England bestehenden Preisniveau liegen, und andererseits würde Polen wohl schwerlich geneigt sein, seinen ohnehin notleidenden Agrar-

markt der litauischen Einfuhr zu öffnen, wenn auch gerade der Wilnakorridor zu seinen landwirtschaftlichen Zuschußgebieten gehört. Die litauische Ausfuhr setzte sich im Jahre 1936 zu 58,38 v. H. aus Agrarerzeugnissen und lebenden Tieren, zu 38,10 v. H. aus Rohstoffen und Halbfabrikaten (in erster Linie Holz) und nur zu 3,32 v. H. aus Fertigwaren zusammen. In der Einfuhr Litauens standen im gleichen Jahre Fertigwaren mit 56,63 v. H. an erster Stelle; es folgten Rohstoffe und Halbfabrikate mit 36,5 v. H. und der Rest von 7,22 v. H. entfiel auf Nahrungsmittel, lebende Tiere und Edelmetall.

Aus dieser Struktur der litauischen Einfuhr würden sich für den polnischen Export gewisse Möglichkeiten ergeben. Für die polnische Ausfuhr kämen insbesondere Kohle, Textilwaren, Maschinen, Eisen und Eisenwaren und Rohöl in Frage. Was die Kohle anlangt, so würde Polen wohl, um ihr in Konkurrenz mit England den litauischen Markt zu erschließen, erhebliche Subventionen aufwenden müssen. Bei dem Export von Textilwaren, Maschinen usw. würde Polen auf den gefestigten Wettbewerb der im litauischen Außenhandel führenden Partner, Englands, Deutschlands und Belgiens stoßen, die als die stärksten industriellen Exportländer im Jahre 1936 etwa 55 v. H. der Gesamteinfuhr Litauens auf sich vereinten. In Zucker, der vor dem Kriege in größeren Mengen aus Polen in das Kauener Gebiet eingeführt wurde, ist Litauen im Lauf der letzten Jahre Selbstversorger geworden. Trotzdem wäre mit einer gewissen Steigerung des polnischen Exportes zu rechnen, da Polen aus politischen Gründen alles daran setzen würde, seinen wirtschaftlichen Einfluß auf den nördlichen Nachbarn zu stärken. Doch würde sich auch bei einer künstlichen Forcierung der Ausfuhr diese Zunahme vermutlich in ziemlich bescheidenen Grenzen bewegen. Denn auch nach Estland und Lettland, mit denen Polen seit jeher in geordneten Handelsbeziehungen steht, belief sich die polnische Ausfuhr im Jahre 1936 nur auf 2,3 bzw. 4,3 Millionen Zloty, während die polnische Einfuhr aus diesen Ländern im gleichen Jahre 1,8 bzw. 1,1 Millionen Zloty betrug. An der lettländischen Einfuhr war Polen im Jahre 1936 mit 1,58 v. H. und an der estländischen Einfuhr mit 1,4 v. H. beteiligt; in der Ausfuhr dieser beiden Länder betrug der polnische Anteil im gleichen Jahre 0,50 bzw. 2,0 v. H. Als ein Hindernis würde sich einer wesentlichen Steigerung des polnischen Exportes nach Litauen wahrscheinlich die Tatsache entgegenstellen, daß einerseits Polen aus den oben angeführten Gründen dem litauischen Export nur recht beschränkte Ausdehnungsmöglichkeiten zu bieten vermag, Litauen aber andererseits aus devisenpolitischen Gründen gezwungen ist, bei der Ausgestaltung seiner Handelsbeziehungen tunlichst auf die Einhaltung des Grundsatzes 1 : 1 zu achten.

Dieses Land hier ist ein deutsches Land und seine Menschen sind deutsch. Das Reich hat einst diese Ostmark begründet. Seine Menschen sind hierher gezogen und haben in Jahrhunderten ihre Aufgabe in der Ostmark des Reiches erfüllt. Sie sind dabei nicht nur deutsch geblieben, sie sind geradezu die Schildträger Deutschlands gewesen.

Dieses Land kann auf die Dauer ohne das Reich nicht leben. Was bedeuten heute 84 000 Quadratkilometer? Was bedeuten 6½ Millionen Menschen? Sie werden nicht beachtet. Hier gilt die Erkenntnis, daß jeder deutsche Stamm für sich allein jederzeit gebrochen werden kann, aber alle vereint sind sie unüberwindbar.

Dieses Volk wollte sich auch gar nicht vom Reich trennen. Im Augenblick, in dem seine Mission als führender Teil im großen Reiche erloschen war, erhob sich sofort die innere Stimme des Blutes. Nach dem Zusammenbruch von 1918 wollte Deutschösterreich sofort wieder zum Reich zurück. Die demokratische Umwelt verhinderte den Anschluß Deutschösterreichs, das Volk aber hat sich gegen diese Welt gewendet.

Wem auch dieser Grund nicht genügt, dem muß ich sagen: Es ist meine Heimat. Ich glaube, daß es auch Gottes Wille war, von hier einen Knaben in das Reich zu schicken, ihn groß werden zu lassen, ihn zum Führer der Nation zu erheben, um es ihm zu ermöglichen, seine Heimat in das Reich hineinzuführen.

Adolf Hitler
(am 9. April 1938 in Wien)

Ein gewisser Ausgleich der Zahlungsbilanz würde allerdings durch den für Litauen gewinnbringenden Transitverkehr erzielt werden können. An diesem Transitverkehr über Litauen wäre Polen stärker als am unmittelbaren Warenverkehr mit Litauen interessiert. Denn nach der Freigabe dieses Verkehrs würden sich die Absatzbedingungen für die wenigen Ueberschußprodukte Nordostpolens wesentlich bessern. Als solche Produkte kämen Flachs und in aller erster Linie Holz in Betracht. Für das nordostpolnische Holz würde die Freigabe der litauischen Memel für die Flößerei eine ganz beträchtliche Senkung der Transportkosten und darüber hinaus für den polnischen Staat eine erhebliche Ersparnis an Subventionen bedeuten, die bisher Jahr für Jahr für den Holztransport aus dem Gebiet der oberen Memel auf dem weiten Weg um Ostpreußen herum nach Danzig aufgebracht werden mußten. Für Wilna, Grodno und Bialystok würden sich mit der Einrichtung des Transitverkehrs u. U. einige industrielle Entwicklungsmöglichkeiten ergeben. Für Polen wäre dieser Verkehr auch deshalb von besonderer Bedeutung, weil sich aus ihm einige, die politische Phantasie beschwingende Zukunftsperspektiven ergäben. Der „Kurjer Baltycki", der als Organ der am Ueberseehandel interessierten polnischen Wirtschaftskreise gilt, ließ sich in dieser Beziehung folgendermaßen vernehmen: „Wir sollten danach streben, den Memeler Hafen in den Kreis unserer Interessen an der Ostsee einzubeziehen, ihn geschäftlich in Verbindung mit Gdingen zu bringen und in Memel die Anfänge eines polnischen Besitzstandes zu schaffen. Diese Stadt ist der natürliche Hafen für unsere Nordostgebiete, und man darf annehmen, daß mit der zunehmenden Industrialisierung jener Teile Polens der Memeler Hafen eine immer größere Rolle spielen würde. In unser Seeprogramm gehört daher in den nächsten Jahren die Anbahnung einer engen Zusammenarbeit zwischen Nordostpolen und Memel und die Schaffung von polnischen Handels- und Verkehrszentralen in Memel." — Das Memelgebiet ist bekanntlich ein deutsches Gebiet.

Polnische Grenzrevisionsliteratur

In dem Verlag „Biblioteka dobrych ksiazek" in Lomza ist zu Anfang d. J. wieder eines jener polnischen Propagandabücher gegen Ostpreußen erschienen, deren Zahl und Tendenz sich von Jahr zu Jahr vermehrt und verschärft. Der Titel dieses Buches lautet „Stimme des Blutes und Bodens. Eine Erzählung aus dem Leben der Masuren". Der Verfasser, Jan Wszebor, wird in einer Vorbemerkung als aus Ostpreußen stammend, in Masuren wohnend und als guter Kenner der dortigen Verhältnisse bezeichnet. Der Nachweis für diese Behauptung wird freilich nirgends erbracht. Stil und Inhalt der Erzählung lassen es vielmehr als sicher erscheinen, daß der Verfasser weder Ostpreuße, noch Masure und am allerwenigsten ein guter Kenner der dortigen Verhältnisse, sondern einer der durchschnittlichen polnischen Propagandaschriftsteller ist, die sich ihr Geld damit verdienen, daß sie deutschfeindliche Bücher schreiben, die in Polen mitunter besser als wertvolles Schrifttum ihren Mann zu ernähren vermögen. Der Titel läßt bereits die politische Tendenz der Erzählung erkennen: Die Handlung dreht sich um einen Bauernsohn aus Masuren, der in seinem Heimatdorf zu einem guten Deutschen heranwächst und sich mit Begeisterung für Deutschland einsetzt, sich später aber teils durch ein polnisches Mädchen, teils durch die polnische Propaganda und teils durch die abgrundtiefe Verworfenheit der Deutschen in einen Polen verwandelt oder, wie der polnische Verfasser es nennt: die Stimme des Blutes und des Bodens vernimmt und ihr folgt. Der Erzählung liegt also eine politische Lüge zugrunde, nämlich die Behauptung, daß die Bevölkerung Südostpreußens polnischer Volkszugehörigkeit sei; und die Absicht der Erzählung ist es, die Forderung, daß diese Bevölkerung zum Polentum erweckt werden müsse, als gerechtfertigt und erreichbar erscheinen zu lassen.

Der Gang der Handlung ist in großen Zügen folgender: Jan, der Held der Erzählung, ist der einzige Sohn des Bauern Franz Lada aus Südostpreußen, der sich in Westfalen als Bergarbeiter sein Brot verdient hat und dann wieder in die Heimat zurückgekehrt ist, um mit den Ersparnissen den verschuldeten Hof seines Vaters in Swidry zu übernehmen. Jan wird im evangelischen Glauben und zu — „polnischem Nationalbewußtsein" (als ob es so etwas jemals in Masuren gegeben hätte!) erzogen. Er lernt

von seiner Großmutter — „polnische" Gedichte und Lieder und kann schon „polnisch" lesen, ehe er in die deutsche Volksschule eintritt. Diese Schule, in die er sich zuerst „nur schlecht eingewöhnen" kann, „macht ihn zum Deutschen". Er fängt sogar „zum Entsetzen seiner Eltern" zu Hause an, deutsch zu sprechen. Nach Beendigung der Schulzeit ist es zunächst sein sehnlichster Wunsch, Deutschland, von dessen Macht und Größe er so viel gehört hat, kennen zu lernen. Er geht nach Westfalen. Gerade um diese Zeit bricht der Weltkrieg aus. Beim Russeneinfall in Ostpreußen verliert Jan seine Eltern. Er begibt sich auf Wanderschaft und findet im Kreise Anklam bei einem Grafen Schwerin freundliche Aufnahme. Iza, die junge Tochter des Grafen, nimmt sich des bedauernswerten Flüchtlings, der sich mit Leib und Seele als Deutscher fühlt, warmherzig an. Jan fühlt sich sehr wohl und paßt sich der Umgebung schnell an. Aber er sehnt sich nach seiner Heimat. Im Frühjahr 1915 nimmt er von den Menschen, die ihm so viel Gutes widerfahren ließen, schweren Herzens Abschied. Der Krieg hat seine Heimat verwüstet. Die Deutschen aber bauen sie schnell wieder auf. Auch Jan macht sich daran, den väterlichen Hof wieder in Ordnung zu bringen. Aber die Arbeit befriedigt ihn nicht. Er möchte in den Krieg, um seinen Landsleuten zu zeigen, wie ein Masure kämpfen muß. Er lernt Hanka Barczewska, die Tochter eines Gutsbesitzers, eines fanatischen Polen und Katholiken, kennen. Als er 1918 eingezogen wird, gesteht er ihr seine Liebe. Er dient als Rekrut in Stettin, kommt an die Westfront, wird verwundet, aber unter der aufopfernden Pflege der Schwester Grete bald wieder gesund und geht zurück an die Front. Als er nach dem Kriege wieder nach Hause kommt, tauchen die Erinnerungen an Hanka wieder auf.

Hier ist die Erzählung, die von Anfang an reichlich mit gehässigen deutschen Schulmeistern, schnauzbärtigen preußischen Feldwebeln und anderen abgegriffenen Figuren der antideutschen Agitation operiert, an dem Punkt angelangt, wo sie in eine fortgesetzte Hetze gegen das Deutschtum und in eine ununterbrochene Verächtlichmachung des Masurentums ausartet. Mit Wohlbehagen werden vom Verfasser die alten polnischen Greuelmärchen über die Volksabstimmung in Masuren in die Erzählung geflochten. Es ist da von der Sprengung polnischer Versammlungen, von Ueberfällen auf Polnischgesinnte, von der Zerstörung einer polnischen Druckerei und anderen wüsten Szenen die Rede. Selbst die Gestalt des Linka, der während des Abstimmungskampfes als Strohmann der Polen zu einer traurigen Berühmtheit gelangt ist, muß in der Erzählung zur Ausgestaltung einer Prügelszene herhalten. Ein aus den Tiefen des Volkes hervorquellendes Bekenntnis zu Deutschland wird von dem polnischen Verfasser in einen blutigen und verlogenen Triumpf bezahlter Pastoren, Lehrer, Beamten und Polizisten über die Bevölkerung Masurens verfälscht. Auch Jan, der Held der Erzählung, tritt dem „Heimatdienst" bei, bis „die große innere Wandlung in seinem Leben" eintritt.

Den Anlaß hierzu gibt Hanka, die Tochter des Polen Barczewski. Sie hat sich seinerzeit seinem Liebesgeständnis gegenüber kühl und ablehnend verhalten: „Ihr wißt doch, daß ich Polin bin. Ihr Deutschen haßt die Polen. Denkt daran, daß ich, wenn ich ihn auch liebte, niemals einen Deutschen heiraten würde." Jan hat das Mädchen zu vergessen versucht. Jetzt trifft er sie in einer Versammlung zufällig wieder. Natürlich läßt der Verfasser diese für Jan so „schicksalsschwere" Szene nicht vorüber, ohne die polnische Versammlung von einer „deutschen Räuberbande" sprengen zu lassen. Und unter den geschwungenen Knüppeln, die auf die Köpfe harmloser Polen niedersausen, vollzieht sich nach dem Willen des Verfassers Jans „innere Wandlung". Das läßt Wyzebor in folgender Weise geschehen: „In dem wüsten Durcheinander stürzt sich ein fanatischer Deutscher auf Hanka. Jan eilt ihr kurzentschlossen zu Hilfe, trotzdem er sich bewußt ist, daß er sich dadurch kompromittiert. Hanka (das unschuldige Opfer des Verfassers) bleibt bewußtlos liegen. Sie erkrankt schwer, alle ärztliche Kunst ist vergebens. Und schließlich macht eine Gehirnentzündung ihrem jungen Leben ein Ende." Jan ist verzweifelt. Der Schmerz bringt ihn mit Hankas Vater, der früher von ihm, dem Deutschen, nichts hat wissen wollen, zusammen. Barczewski wird sein väterlicher Freund und ruft in ihm langsam das „unterdrückte polnische Nationalgefühl" wach. In den Unterhaltungen, die der Verfasser die beiden miteinander führen läßt, wird Bismarck zerpflückt, wird Polen mit einem Kranz frommer Legenden umgeben, wird gegen die „Germanisierung" gewettert, wird das Deutschtums-

bekenntnis Masurens gewissermaßen als „Sünde wider das Blut“ hingestellt, und der seelische Aufstand der Bevölkerung dieses deutschen Landes gegen die Anmaßung und Habsucht der Polen wird ganz einfach nicht zur Kenntnis genommen. Nach der Darstellung des Verfassers ist die Abstimmung vielmehr nur deshalb zu deutschen Gunsten ausgefallen, weil es die Deutschen verstanden haben, die Bevölkerung Masurens „durch allerlei Vergnügungen und Saufereien für sich zu gewinnen“!

Nach einiger Zeit hat der Verfasser seinen Helden so weit, daß er ihn als „Polen“ vorstellen kann. Zur Belebung des Milieus greift er auch hier wieder einmal zu dem bewährten Mittel eines deutschen Ueberfalles auf gesinnungstüchtige Polen, zu denen diesmal auch schon der Held seiner Erzählung gehört: Jan fährt eines Tages mit Barczewski im Auto nach Lyck. Sie werden unterwegs von einem anderen Auto verfolgt, das von einer „Bande angetrunkener deutscher Polizisten“ besetzt ist. Sie werden von den Polizisten verprügelt und verhaftet, und das Auto wird demoliert. Während sie im Gefängnis sitzen, findet die Abstimmung statt. Jan, der „Pole“, findet nach dem deutschen Abstimmungssieg keine Ruhe zu Hause. Da ihm von den deutschen Behörden der Paß verweigert wird, geht er heimlich über die Grenze nach Polen, das ihm der Verfasser als sein neues Vaterland zugeteilt hat. Er wird dort von der Tochter eines Bekannten Barczewskis auf das Gymnasium vorbereitet, studiert später in Warschau Rechtswissenschaft, reist in Polen herum und kehrt nach einigen Jahren wieder nach Ostpreußen zurück. Mit seiner Jugendfreundin Iza zusammen besucht er dort die Marienburg, „das Kreuzritterschloß, die Geburtsstätte der von Raubsucht und Haß gegen alles Polnische erfüllten preußischen Ideologie; hier spuken die Geister der Komture und Knechte, die einst ihre stolzen Häupter auf dem Feld von Grunwald lassen mußten“. Der Verfasser läßt Iza und Jan bei dieser Gelegenheit folgende Unterhaltung führen:

„O, wie grausam und düster ist dieses Schloß, in dem Haß und Raubsucht, die gegen alles Polnische gerichtet waren, nisteten. Unter dem Vorwande, Kultur zu bringen, wollten sie damals wie heute die sichtbaren Spuren der slawischen Bevölkerung auslöschen. Vor keinem Mittel schreckten sie zurück.“

„Spotte nicht so, das beschämt mich.“

„Dich persönlich will ich doch damit nicht treffen. Ich achte jede Nationalität. Aber müßte diese Achtung nicht auf Gegenseitigkeit beruhen? . . .“

Man wird zugeben müssen, daß sich solche Worte in dem Munde eines Menschen, der (nach dem Willen des Verfassers) soeben erst sein Volkstumsbekenntnis gewechselt hat, nicht besonders echt und überzeugend ausnehmen können. In der erwähnten Unterhaltung mit Iza läßt der Verfasser seinen Helden dann u. a. auch von den „8 Millionen Polen im Ausland“, von den „1½ Millionen Polen in Deutschland“ erzählen, die „knapp 54 Schulen, darunter nicht ganz 2 Gymnasien“ haben, während die 800 000 (!) Deutschen in Polen über 700 (!) Schulen, darunter mehr als 30 (!) Gymnasien verfügen. Selbst in diese Erzählung sind also die verlogenen polnischen Propagandazahlen hineingearbeitet worden.

Den letzten Teil der Erzählung nimmt die Schilderung der „Verfolgungen“ ein, denen die Bevölkerung Masurens von deutscher Seite angeblich ausgesetzt ist. Der Verfasser läßt seinen Jan Fälle wirtschaftlichen Terrors und dergleichen erleben. Auch der Geist des an Kohlenoxydgasvergiftung gestorbenen polnischen Lehrers Lanc aus Piassutten wird noch einmal beschworen. (Was schert den Verfasser der ärztliche Befund der Medizinischen Fakultät der Universität Posen!) Die SA. wird beschimpft. Die Hitlerregierung als ein terroristisches Regime hingestellt. Von der Bevölkerung Masurens heißt es, daß sie „kein anderes Ziel kenne, als sich dem wütenden deutschen Terror mit aller Kraft entgegenzustellen“. Nach all diesen Dingen kann es nicht mehr Wunder nehmen, daß der Verfasser sich, um der Erzählung einen wirksamen Abschluß zu geben, dazu entschließt, seinen Helden noch einmal zum Opfer eines Racheaktes der bösen Deutschen werden zu lassen: Als Jan zu einer polnischen Versammlung fährt, erleidet er, „wie die deutschen Zeitungen schreiben“, einen Autounfall; „die polnischen Zeitungen dagegen geben bekannt, daß eine grausame Hand den polnischen Agitator umbringen wollte“. Jan kommt mit dem Leben davon und er beschließt (auf Wunsch des Verfassers), weiter für die polnische Sache zu wirken, — „bis das Masurenland für immer mit Polen vereinigt sein wird.“ In diesem letzten Satz der Erzählung tritt deren Charakter als eines Erzeugnisses der in Polen immer weiter um sich greifenden deutschfeindlichen Grenzrevisionsliteratur noch einmal mit aller Deutlichkeit in Erscheinung.

Geburtenstand der Deutschen in Polen

Nach den Angaben der polnischen Volkszählung von 1931 soll es damals in Polen nur 741 000 Deutsche gegeben haben. Diese Zahl ist zu gering. Deutsche Untersuchungen, deren Stichhaltigkeit polnischerseits nicht ernstlich hat erschüttert werden können, sind zu einer erheblich höheren Zahl gelangt. Walter Kuhn („Deutsche Monatshefte in Polen", Oktober 1937) hat folgende einwandfreie Zahlen des Deutschtums berechnet:

Posen-Westpreußen	330 000	Polesien und Wilna	5 000
Mittelpolen mit Cholmerland und Bialystok	350 000	Galizien	60 000
		Teschener Schlesien	35 000
Wolhynien	60 000	Ostoberschlesien	300 000
		Polen insgesamt	1 140 000

Die tatsächliche Gesamtzahl der Deutschen ist mit 1 140 000 also um rund 400 000 Köpfe höher als nach den amtlichen Zählungsergebnissen. Der deutsche Anteil hat daher nicht, wie es die amtliche polnische Verlautbarung will, 2,3 v. H., sondern fast 3,6 v. H. der Gesamtbevölkerung des polnischen Staates von im Jahre 1931 rund 32 Millionen betragen. Die Gesamtzahl der Deutschen ist 1931 etwa die gleiche wie 1925, dem Endjahr der großen Deutschenverdrängung aus Posen-Westpreußen, gewesen. Die natürliche Vermehrung hat die Verdrängung der Deutschen von 1925 bis 1931 ungefähr ausgeglichen. Doch ist eine innere Verschiebung des Schwergewichts des Deutschtums nach dem Osten eingetreten. In Posen-Westpreußen und in Ostoberschlesien geht die Zahl der Deutschen weiterhin etwas zurück, in Mittelpolen und besonders in Wolhynien nimmt sie zu. Mittelpolen ist das Gebiet der stärksten Deutschtumsgruppe geworden. Die bedeutsamste städtische Konzentration des Deutschtums bildet Lodz mit 70 000 Deutschen.

Eine Analyse der natürlichen Bevölkerungsbewegung bietet gewisse Beurteilungsmöglichkeiten hinsichtlich der allgemeinen Entwicklungstendenz des Deutschtums in Polen. Es können mit einiger Sicherheit nur die Ergebnisse der Erhebungen über das evangelische Deutschtum in Rechnung gestellt werden*). Eine Ausgliederung der katholischen Deutschen begegnet unüberwindlichen Schwierigkeiten. Damit werden alle Aussagen über das Deutschtum in Ostoberschlesien, das zu etwa 90 v. H. katholisch ist, ungewiß. In Posen-Pommerellen veröffentlicht die evangelische Kirche jedes Jahr die Ergebnisse der natürlichen Bevölkerungsbewegung. So ist es möglich, die volksbiologische Entwicklung für etwa neun Zehntel des posen-pommerellischen Deutschtums festzustellen. Seit der Abtrennung dieser Gebiete hat das dortige Deutschtum nicht nur infolge der Verdrängung, sondern auch infolge eines fühlbaren Rückganges der Geburtenüberschüsse an Bedeutung verloren. Der an sich nicht sehr erhebliche Rückgang der Geburtenzahlen hat das Deutschtum deshalb besonders empfindlich getroffen, weil der Altersaufbau immer ungünstiger wurde und die Sterblichkeit stieg. Die Verdrängung hat vor allem die zeugungsfähigen Schichten, d. h. die jüngeren und mittleren Altersklassen, erfaßt. So beträgt der Anteil der über 60jährigen im Deutschtum der beiden Westwojewodschaften Polens bereits 16 v. H. gegenüber 11 v. H. im reichsdeutschen und nur 7,5 v. H. im polnischen Staatsdurchschnitt. Weiterhin sind bei den Deutschen in den Westgebieten Polens erheblich weniger weibliche Volksangehörige verheiratet als etwa im Deutschen Reich. Nach Dr. Kohnert, dem Vorsitzenden der Deutschen Vereinigung, sind von den deutschen Frauen im Alter von 15 bis 30 Jahren nur 19,3 v. H. verheiratet, im Deutschen Reich dagegen 33,5 v. H.; für die Frauen im Alter von 30 bis 45 Jahren stellt sich die Heiratsziffer der deutschen Volksgruppe in Posen-Pommerellen auf nur 62,7 v. H. gegenüber 81,3 v. H. im reichsdeutschen Durchschnitt. In den letzten Jahren ist die Ehehäufigkeit gestiegen. Während auf 1 000 Bewohner im Jahre 1926 nur 5,1 Eheschließungen entfielen, sind es im Jahre 1931 7,9 und 1936 sogar 9,4 a. T. gewesen. Diese Entwicklung entspricht somit den gestiegenen Eheschließungsziffern im Deutschen Reich.

*) Neben den amtlichen polnischen Statistiken haben die Untersuchungen von Burgdörfer (Volk ohne Jugend, 1934), Harmsen (Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums, 1934; Bestandfragen der deutschen Volksgruppen im osteuropäischen Raum, 1935, Archiv für Bevölkerungswissenschaft usw., Heft 5/6, 1937), Burkhardt (Deutsche Arbeit, Novemberheft 1937) u. a. Beiträge zur Erforschung der natürlichen Bevölkerungsbewegung des Deutschtums in Polen geliefert.

Entscheidend für die Bevölkerungsentwicklung sind die Geburten- und Sterbeziffern. Es ist bekannt, daß die allgemeine natürliche Bevölkerungsbewegung Polens eine langsam rückläufige Tendenz aufweist. Die Geburtenziffern sind am höchsten in den Ostgebieten (Ukrainer, Weißrussen), am geringsten in den Westgebieten. Aehnlich verhält es sich auch bei der deutschen Volksgruppe in Polen. Doch unterscheidet sich ihre natürliche Bevölkerungsbewegung von derjenigen der polnischen Staatsbevölkerung in den letzten Jahren durch ansteigende Ziffern. Die nachstehende Uebersicht für Posen-Pommerellen und Ostoberschlesien berücksichtigt nur den evangelischen Teil des dortigen Deutschtums (also in Posen-Pommerellen neun Zehntel und in Ostoberschlesien ein Zehntel des Deutschtums); zum Vergleich sind der Staatsdurchschnitt für Polen und der Durchschnitt für das Deutsche Reich neben den allgemeinen Durchschnittsziffern für Posen-Pommerellen angegeben (Ziffern auf 1000 Einwohner):

	Geburtenziffern					Geburtenüberschußziffern				
	1932	1933	1934	1935	1936	1932	1933	1934	1935	1936
Deutsche Volksgruppe in Posen-Pommerellen	17,0	16,6	18,1	18,2	19,4	0,5	0,3	2,6	2,0	3,8
Allg. Durchschnitt für Posen-Pommerellen	26,7	25,2	25,1	24,8	24,7	12,8	12,0	11,9	11,8	11,6
Dtsche. Volksgruppe in Ostoberschlesien	16,3	15,2	15,0	15,3	17,6	4,1	2,2	1,2	1,8	3,2
Polen	28,7	26,5	26,5	26,1	26,2	13,7	12,3	12,1	12,1	12,0
Deutsches Reich	15,1	14,7	18,0	18,9	19,0	4,3	3,5	7,1	7,0	7,2

Die Geburtenziffern der deutschen Volksgruppe in Posen-Pommerellen bieten ein günstiges Entwicklungsbild. Zwar bleiben sie erheblich unterhalb der allgemeinen Durchschnittsziffern für Posen-Pommerellen und erst recht unterhalb des polnischen Staatsdurchschnitts. Die Abstände sind aber zugunsten der deutschen Volksgruppe geringer geworden. Mit der einzigen Ausnahme von 1935 sind die Geburtenziffern der deutschen Volksgruppe in Posen-Pommerellen auch höher als im Deutschen Reich. Infolge der hohen Sterblichkeit zeigt der Geburtenüberschuß nicht ein gleich günstiges Bild. Die deutsche Volksgruppe in Posen-Pommerellen bleibt hinter den Durchschnittsziffern für Posen-Pommerellen, für Polen und für das Deutsche Reich in verschieden großen Abständen zurück. Um so beachtenswerter ist demgegenüber die Tendenz der Entwicklung, die aufwärts gerichtet ist, ebenso wie im Deutschen Reich, während die allgemeinen Geburtenüberschußziffern für Posen-Pommerellen und für Polen weiter absinken. Da die in der Uebersicht mitgeteilten Ziffern für Ostoberschlesien nur etwa 10 v. H. der dort siedelnden deutschen Volksgruppe erfassen, sind sie nicht mehr als ein notdürftiger Anhalt. Beachtenswert bleibt aber doch der Anstieg sowohl der Geburten- als auch der Geburtenüberschußziffern. Ohne Zweifel würde sich ein bedeutend günstigeres Bild ergeben, wenn Zahlen auch über die natürliche Bewegung des katholischen deutschen Volksteils in Ostoberschlesien zur Verfügung ständen.

Trotzdem besteht bezüglich der volksbiologischen Entwicklung des Deutschtums in Posen-Pommerellen und in Ostoberschlesien zu übertriebenem Optimismus kein Anlaß. Einmal ergibt sich bei Berichtigung der Geburtenziffern auf Grund der Altersstruktur für die Zukunft auch jetzt noch nicht die Erhaltung des Bestandes; zum zweiten aber liegen die polnischen Durchschnittsziffern trotz langsamer Abstiegsneigung so hoch über den deutschen Ziffern, daß noch längst nicht von einem Gleichgewicht gesprochen werden kann. Die Ausführungen, die Dr. Kohnert über den bevölkerungspolitischen Aufbau des Deutschtums in Posen-Pommerellen gemacht hat, kennzeichnen treffend die Gründe für die in den letzten Jahren günstiger werdende Bevölkerungsbewegung: „Aus allen Betrachtungen ergibt sich unserer Auffassung nach die Tatsache, daß in unserer Volksgruppe der biologische Aufbau sich in einem Gesundungsprozeß befindet. Sicher wäre es falsch, anzunehmen, daß diese günstige Entwicklung auf eine Besserung der wirtschaftlichen Lage innerhalb der deutschen Volks-

gruppe zurückzuführen ist. Wir sind vielmehr der Ansicht, daß die junge heranwachsende Generation durch die völkische Erziehungsarbeit der letzten drei Jahre gelernt hat, sich in die Verhältnisse, unter denen wir als Deutsche in Polen leben, allmählich zu schicken, und auch weiter schicken wird. Unsere Jugend hat sich daran gewöhnt, auch unter wirtschaftlich schlechteren Verhältnissen das Eingehen der Ehe zu wagen. Das muß so sein, wenn wir nicht den völkischen Tod sterben wollen."

Günstiger als in Westpolen ist die Lage des Deutschtums in Kongreßpolen. Durch eine sehr vorteilhafte Geburtenbewegung zeichnen sich vor allem die deutschen Siedlungen Wolhyniens aus. Es wurden hier auf 1 000 Einwohner 35 bis 40 Geburten errechnet. Das entspricht einem Geburtenüberschuß von 20 a. T. (gegenüber 1935 bzw. 1936 im polnischen Staatsdurchschnitt von 12,1 bzw. 12 a. T. und einem reichsdeutschen Durchschnitt von 7 bzw. 7,2 a. T.). Die vorläufigen Zahlen für das Jahr 1937 zeigen einen weiteren Anstieg. Mit diesen Ziffern sind die deutschen Siedlungen in der Lage, ihre Selbsterhaltung zu gewährleisten. Ihr Bevölkerungsstand wächst sogar schneller als die polnische Bevölkerung im Staatsdurchschnitt und hat das gleiche Wachstum wie die Ukrainer. Nicht ganz so günstig ist die Entwicklung in Galizien. Doch verzeichnet das Deutschtum auch hier Geburtenüberschüsse von 8 bis 10 a. T. Der biologische Bestand erscheint damit gesichert.

Alles in allem hat sich die bevölkerungspolitische Entwicklung der Deutschen in Polen in den letzten Jahren fühlbar gebessert. Das beweist auch die Betrachtung der Bevölkerungsbewegung Polens nach Bekenntnissen. Die Geburtenüberschußziffern der Evangelischen Gesamtpolens (zu 95 v. H. Deutsche) sind von 1930 bis 1936 von 5,6 auf 6,6 a. T. gestiegen. In der gleichen Zeit sind die Geburtenüberschußziffern bei den Römisch-Katholischen von 14,2 auf 12,3 a. T., bei den Griechisch-Katholischen von 14,4 auf 10,6 a. T., bei den Griechisch-Orthodoxen von 18,2 auf 15,0 a. T. und bei den Juden von 11,1 auf 9,2 a. T. zurückgegangen.

Die biologische Entwicklung der Deutschen in Polen — ebenso wie in anderen Staaten des Ostens — beweist mit hinreichender Klarheit, daß in den letzten Dingen zwischen allen Deutschen, ob sie diesseits oder jenseits der Reichsgrenze leben, ein lebendiger Zusammenhang besteht. Wo ein Volk sich auf sich selbst besinnt, da gibt es die neue Kraft bis in die fernsten Zellen des Volkskörpers weiter. Und umgekehrt strömen dem Ganzen aus den einzelnen Gliedern ständig neue Kräfte der Selbstbehauptung zu. Das deutsche Volk in allen seinen Gliedern hat das nationalsozialistische Signal der biologischen Erneuerung aufgenommen, so auch das Deutschtum in Polen. Dr. Heinz Rogmann.

Deutsches Schicksal in Polen

Polnische Behörden verhindern Arbeitsvermittlung ins Reich

Die Kattowitzer Polizeidirektion hat den Vorsitzenden des Verbandes deutscher Angestellten in Polen, Koruschowitz, mit einer Geldstrafe von 100 Zloty belegt. Koruschowitz hat angeblich, ohne hierzu berechtigt zu sein, Mitglieder des Verbandes nach Westoberschlesien in Arbeit vermittelt. Ein Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen über Arbeitsvermittlung liegt insofern nicht vor, als die Satzung der Gewerkschaft kaufmännischer Angestellten, die einen Teil des Verbandes der deutschen Angestellten bildet, die vom Gesetz geforderte Vorschrift enthält, welche die Gewerkschaft zur Arbeitsvermittlung für ihre Mitglieder berechtigt. Wenn (ganz abgesehen von dieser rechtlichen Seite) die Kattowitzer Polizeidirektion ein strafwürdiges Vergehen darin erblickt, wenn Angehörigen der deutschen Volksgruppe, die zum Teil seit fünf oder gar acht Jahren arbeitslos sind, ein Arbeitsplatz im Reich vermittelt wird, so kann man nur annehmen, daß diese polnische Stelle in der restlosen Verelendung dieser Deutschen das Ziel ihrer Bestrebungen sieht. — Von den 335 Mitgliedern der Tarnowitzer Ortsgruppe der Gewerkschaft deutscher Arbeiter sind zur Zeit nur noch 2 auf polnischer Seite beschäftigt; 109 Mitglieder haben als Grenzgänger in Westoberschlesien Arbeit

Der Deutsche würde es nicht verdienen, unabhängig und frei zu sein, wenn das Deutsche Reich für die verfolgten Volksgenossen im Ausland kein Mitleid und keine Hilfe aufbringen würde. Einem Deutschland von nationaler Ehre, Stolz und Kraft kann man so etwas nicht zumuten.

Der Mensch will und kann sich heute nicht mehr entfernen von seinem Volkstum. Er hängt mit zäher Liebe an ihm. Selbst schwerste Not nimmt er lieber in Kauf. Er trägt Elend, aber er will bei seinem Volke sein. Millionen Menschen sind bereit, wirtschaftliche Entbehrungen auf sich zu nehmen in dem Bewußtsein, daß sie diese Entbehrungen im Kreis ihres eigenen Volkstums erdulden. Ja, es gibt Millionen, die würden nicht bereit sein, ihr Volkstum zu verlassen, selbst wenn man ihnen dafür wirtschaftliche Güter in jedem Ausmaß versprechen wollte. Sie verzichten darauf! Sie leiden lieber jede Not und jedes Elend gemeinsam mit ihrem Volkstum. Es gibt nichts, was sie so sehr über Nutzen und Gewinn erheben könnte, als diese edelste Empfindung und Gesinnung. Blut bindet fester als Geschäfte.

Adolf Hitler

---

gefunden. Die übrigen 224 Mitglieder sind zumeist schon seit mehreren Jahren arbeitslos. Sie könnten zum großen Teil gleichfalls auf reichsdeutscher Seite als Grenzgänger Beschäftigung finden. Die Tarnowitzer Polizeidirektion aber verhindert das dadurch, daß sie diesen arbeitslosen Deutschen die Grenzkarte verweigert. Auch hier hat man es mit einem Fall planmäßiger Aushungerung der deutschen Volksgruppe zu tun.

Theater und Politik

Das Preußische Staatstheater gab vor einiger Zeit mit hervorragender Besetzung ein Gastspiel in Kattowitz. Dabei fielen zwei Umstände auf: 1. Der erzielte Ueberschuß von 1000 Zloty wurde von dem deutschen Ensemble dem polnischen Winterhilfswerk zur Verfügung gestellt. Von dieser Schenkung nahm weder die polnische noch die reichsdeutsche Presse Notiz! 2. An der Veranstaltung, die gerade auf dem heißen ostoberschlesischen Boden zu einer Bekundung der viel zitierten deutsch-polnischen Annäherung hätte werden können, nahm eine ganze Reihe der geladenen polnischen Gäste nicht teil, während es im Deutschen Reiche seit Jahren üblich ist, daß prominente Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens nicht nur das Protektorat über polnische Konzert-, Theater-, Ballett- und sonstige Veranstaltungen übernehmen, sondern sich auch die Mühe machen, zu diesen Veranstaltungen selbst zu erscheinen. — Die Aufführung des Schauspiels von Felix Dhünen „Uta von Naumburg", die das Oberschlesische Landestheater in Oppeln für Bielitz angesetzt hatte, wurde von den polnischen Behörden verboten. — In Tarnowitz konnte während der Spielsaison 1937/38 keine einzige deutsche Theatervorstellung stattfinden, da den deutschen Organisationen das der Stadt gehörende Volksheim nicht zur Verfügung gestellt wurde.

Die Unterdrückung des deutschen Schulwesens

Das Bezirksgericht in Tuchel (Pommerellen) verurteilte den deutschen Volksangehörigen Walter Krause zu 100 Zloty und die Diakonissin Marie Weber zu 20 Zloty Geldstrafe wegen „illegalen Deutschunterrichts". — In Starhen und Grabau (Pommerellen) hatten die deutschen Kinder der dortigen öffentlichen Schulen bis zum Ende des vergangenen Schuljahres zwei Wochenstunden deutschen Sprachunterricht erhalten. Mit Beginn des neuen Schuljahres wurde dieser Unterricht abgeschafft, da die erforderliche Zahl von 18 deutschen Kindern nicht mehr vorhanden war. Die deutschen Eltern erboten sich, die etwa entstehenden Mehrkosten für die Fortführung des deutschen Sprachunterrichts aus eigener Tasche zu zahlen. Die Schulbehörde lehnte das ab mit dem Bemerken, daß es keine entsprechenden gesetzlichen Vorschriften gebe! — In Rybnik standen am 17. März sechs deutsche Erziehungsberechtigte vor Gericht, die gegen die ihnen auferlegten Schul-

strafen Berufung eingelegt hatten. Es handelte sich bei ihnen um einen Teil derjenigen deutschen Eltern, die sich nach der Schließung der deutschen Privatschulen in Emmagrube und Annagrube im Mai v. J. geweigert hatten, ihre Kinder in den ihnen zugewiesenen polnischen Schulen unterzubringen. Die Angeklagten bekannten sich nicht zur Schuld, sondern wiesen, und zwar mit Recht, darauf hin, daß die Begründung, mit der ihnen verboten worden war, ihre Kinder in die deutsche Privatschule in Rybnik zu schicken, nicht den Tatsachen entsprach. Das Gericht ließ diesen Einwand nicht gelten und bestätigte die im Verwaltungswege verhängten Geldstrafen in Höhe von je 40 bis 60 Zloty. — In der Zeit vom 28. Februar bis zum 12. März wurden vier deutsche Wanderlehrer in Pommerellen verhaftet. — In den Kreisen Dirschau und Stargard (Pommerellen) wurden in letzter Zeit bei vielen deutschen Familien deutsche Fibeln, deren sich die Eltern bei der Unterrichtung ihrer Kinder in ihrer Muttersprache bedienten, beschlagnahmt. — Am 15. März wurde der deutsche Wanderlehrer Hermann Schulz vom Bezirksgericht in Kulm (Pommerellen) wegen angeblichen „illegalen Unterrichts" zu 1000 Zloty Geldstrafe bzw. 50 Tagen Haft verurteilt. Schulz konnte der Gerichtsverhandlung nicht beiwohnen, da er vorher von der Kriminalpolizei verhaftet worden war. Die Verurteilung erfolgte, obwohl der einzige Zeuge, den das Gericht vernahm, unter Eid aussagte, daß Schulz die deutschen Kinder niemals selbst unterrichtet, sondern nur gelegentlich dem häuslichen Unterricht der Eltern zugehört und den Eltern Ratschläge erteilt hatte. — In der Haushaltskommission des Schlesischen Teilgebietslandtags wurde ein Beschluß gefaßt, in dem der Wojewode Grazynski aufgefordert wurde, das Deutsche Gymnasium in Bielitz zu liquidieren. Das Bielitzer Gymnasium ist neben dem Thorner Gymnasium die einzige staatliche Unterrichtsanstalt dieser Art, die das Deutschtum in Polen besitzt.

Dem deutschen Kindergarten in Siemianowitz wurde der von ihm bisher benutzte Raum im Gebäude in der öffentlichen deutschen Volksschule gekündigt. Ein entsprechender Antrag der durch diese Maßnahme betroffenen deutschen Eltern wurde vom Schulinspektor abschlägig beschieden, so daß der deutsche Kindergarten, zu dem 50 Anmeldungen vorlagen, nicht eröffnet werden konnte. — Die deutsche Kolonie Leonberg in Kongreßpolen, in der nur eine einklassige Volksschule besteht, wollte aus eigenen Mitteln eine vierklassige Privatschule errichten. Die Genehmigung der dem Warschauer Wojewodschaftsamt vorgelegten Baupläne wurde verweigert, und zwar mit der Begründung, daß die bestehende einklassige Schule den Bedürfnissen der deutschen Schulgemeinde vollkommen genüge! — Der deutschen Gemeinde Ciosny bei Tomaszow in Kongreßpolen wurde mitgeteilt, daß ihre Schule mit Ablauf des gegenwärtigen Schuljahres geschlossen werde und daß die deutschen Kinder der neuen siebenklassigen polnischen Schule zu überweisen seien. — Der deutsche Lehrer Großklaus von der öffentlichen Schule in Komorowo Hauland im Kreise Neutomischel erhielt vom Ministerium die Mitteilung, daß er zum Schluß des laufenden Schuljahres aus dem Schuldienst entlassen sei, da eine Revision die Unzulänglichkeit seiner Unterrichtstätigkeit erwiesen habe! Großklaus steht seit 17 Jahren im Schuldienst und ist seit 13 Jahren in Komorowo Hauland tätig. Mit ihm verlieren wieder 37 deutsche Kinder des Kreises Neutomischel ihren deutschen Lehrer. Großklaus ist der zehnte Lehrer, der binnen Jahresfrist aus dem deutschen Schulwesen des Kreises Neutomischel entfernt wird. — Mit Schreiben vom 30. März teilte das Schulkuratorium in Rowno (Wolhynien) mit, daß beabsichtigt sei, die seit 1928 bestehende deutsche private Volksschule in Luck zu schließen. Die Schule wird von 190 deutschen Kindern besucht. Zugleich erhielten auch einige andere deutsche Schulen Wolhyniens eine entsprechende Nachricht.

Polnischer „Patriotismus" am Heldengedenktage

Die Ortsgruppe Lessen der Deutschen Vereinigung veranstaltete am 15. März in Neubrück bei Graudenz eine Heldengedenkfeier. Auf dem Heimweg von dieser Feier wurde eine Gruppe deutscher Teilnehmer überfallen. Einem Steinhagel folgte aus dem Dunkel ein heftiges Feuer aus Schrotflinten und Karabinern. Es fielen etwa 30 Schüsse. Die Deutschen, von denen einer erheblich verletzt wurde, zogen sich vor dem Feuer aus dem Hinterhalt langsam zurück. Unter den Angreifern wurde u. a. der Sohn des polnischen Gemeindevorstehers Gutkowski und der polnische Besitzerssohn Kuca, die sich bei dem heimtückischen Ueberfall besonders

hervortaten, deutlich an den Stimmen erkannt. Außer nicht wiederzugebenden Schimpfworten riefen die Angreifer u. a.: „Hier ist nicht Oesterreich! Raus mit der Hitlerjugend!" Bereits vorher hatte dieselbe polnische Bande eine kleine, von der Heldengedenkfeier heimkehrende Gruppe von Deutschen überfallen. Dabei wurde der deutsche Bauernsohn Erich Laube kurz vor seinem väterlichen Hof niedergeknüppelt und, am Boden liegend, von dem feigen Gesindel schwer mißhandelt. Wäre ihm nicht sein Vater, vor dem die Polen die Flucht ergriffen, zu Hilfe geeilt, dann wäre der junge Deutsche wohl kaum mit dem Leben davongekommen. Auch bei diesem Ueberfall machte sich der Sohn des polnischen Gemeindevorstehers besonders bemerkbar. Vier der Angreifer konnten der Polizei namhaft gemacht werden. Es war dies innerhalb kurzer Zeit der vierte Ueberfall, der in dieser Gegend auf deutsche Veranstaltungen ausgeführt wurde. — Einer alten „Tradition" entsprechend, wurden in Tarnowitz auch in diesem Jahre wieder die Schleifen von Kränzen, die zum Heldengedenktag an den deutschen Soldatengräbern niedergelegt worden waren, von unbekannten Tätern zerrissen. — In Kattowitz wurden die am Heldengedenktag mit Kränzen des deutschen Generalkonsuls und der reichsdeutschen Kolonie geschmückten Soldatengräber auf dem evangelischen Friedhof in gemeinster Weise geschändet. In den früheren Jahren wurden die an den Gräbern niedergelegten Kränze regelmäßig gestohlen. Der deutsche Generalkonsul setzte die polnischen Behörden von dem Vorfall in Kenntnis.

Ostland-Chronik

Zusammenschluß der Sudetendeutschen

Zu den unmittelbaren Auswirkungen der Wiedervereinigung Deutschösterreichs mit dem Reich gehört neben vielen anderen Erscheinungen der ostmitteleuropäischen Politik auch die spontane Vollendung der Zusammenschlußbewegung innerhalb des sudeten- und karpathenländischen Deutschtums. Unter dem Eindruck der österreichischen Ereignisse haben sich drei der sudetendeutschen Splitterparteien aufgelöst und ihren Mitgliedern den Eintritt in die Sudetendeutsche Partei Konrad Henleins empfohlen: der Bund der Landwirte, die Deutsche Christlichsoziale Volkspartei und die Gewerbepartei. Die beiden erstgenannten Parteien haben durch die Abberufung der von ihnen gestellten Minister zugleich ihren Austritt aus der Prager Regierung vollzogen. Abseits sind nur noch die (Deutsche) Sozialdemokratische Partei und die gänzlich bedeutungslose Deutschdemokratische Freiheitspartei stehen geblieben. Durch diese Entwicklung ist nicht nur für das Sudetendeutschtum, sondern auch für die Tschecho-Slowakische Republik eine völlig neue Lage entstanden. Der Prager Politik steht ein in all' seinen Teilen geschlossenes 3½ Millionen zählendes Deutschtum gegenüber, dessen Forderungen nicht mehr übersehen werden können. Konrad Henlein hat die neue Lage in einer Rede vor der Hauptleitung der Sudetendeutschen Partei u. a. in folgender Weise charakterisiert: „Es ist künftighin ausgeschlossen, den deutschen Willen zu Ordnung, Rechtlichkeit und Mitgestaltung für politische Konzeptionen zu mißbrauchen, die einer endgültigen Lösung des Nationalitätenproblems ausweichen und die Ideologie des Nationalstaates durch die Anwendung einer ausgeklügelten politischen Taktik durchsetzen wollen. Das Abkommen vom 18. Februar 1937, das den letzten Versuch dieser Art dargestellt hat, ist endgültig gescheitert. Die beiden letzten deutschen Splitterparteien, die deutsche Sozialdemokratie und die Deutschdemokratische Freiheitspartei, die sich als einzige neben unserer gewaltigen Einheitsbewegung ein erbärmliches Scheindasein bewahrt haben, betrachten wir nicht mehr als zur sudetendeutschen Volksgruppe gehörig. Vor allem die deutsche Sozialdemokratie, die nicht nur jede Bindung dem Volk gegenüber, sondern vor allem jede Beziehung zum sudetendeutschen Arbeitsmenschen verloren hat, kann dem deutschen Bestand innerhalb dieses Staates nicht

mehr zugezählt werden. Die restlose Vereinheitlichung der sudetendeutschen Politik unter meiner Führung ist aber nicht nur eine Angelegenheit des Sudetendeutschtums. Sie ist als vollzogene politische Realität ebenso sehr Angelegenheit des tschechischen Volkes, des Staates und jener europäischen Mächte, die durch ihre Interessen oder ihre Verträge an den Vorgängen innerhalb dieses Staates beteiligt sind. Die ohne jedes Mittel der Gewalt oder des Zwanges geschaffene Einheit unserer Volksgruppe verändert in einem entscheidenden Ausmaß die Struktur unserer innerpolitischen Verhältnisse und gibt unserer Volksgruppe die Bedeutung eines politischen Kraftfeldes, von dem stärker noch als bisher wesentliche und entscheidende Wirkungen auf das künftige Schicksal unseres Staates ausstrahlen müssen. Es ist Sache des tschechischen Volkes, diese Tatsache zur Kenntnis zu nehmen und nach ihr zu handeln. Es ist Aufgabe der Staatsführung, der neugeschaffenen Lage durch radikale Umstellungen in ihrer bisherigen Politik gerecht zu werden. Ich fordere daher fürs erste die Ausschreibung von politischen Wahlen in allen gesetzgebenden und verwaltenden Körperschaften unseres Staates. Ich erhebe diese Forderung, weil ich der gesamten Welt, vor allem aber dem tschechischen Volke beweisen will, daß die Konzentration des Sudetendeutschtums keine Angelegenheit des Augenblicks gewesen ist, daß sie weder durch Zwang noch durch Terror herbeigeführt worden ist, sondern daß sie die Willensentscheidung der ganzen Volksgruppe ist, der in freier Wahl die Möglichkeit gegeben werden muß, die gefallenen Entscheidungen in einwandfreiester Form zu bestätigen."

Saisonwanderung ins Reich verboten

In der Kremnitz-Deutsch Probener Sprachinsel in der Slowakei fanden Ende März mehrere von über 10 000 deutschen Volksgenossen besuchte Kundgebungen statt, die sich in schärfster Weise mit der deutschfeindlichen Einstellung des Landesarbeitsamtes in Preßburg auseinandersetzt. Unter den Deutschen dieses Sprachinselgebietes herrscht seit vielen Jahren drückendste Not. Von tschechischer Seite ist nichts geschehen, um dem Hunger und der zunehmenden Verarmung dieses deutschen Volksteiles zu steuern. Hilfe ist den dortigen Deutschen vom Reiche gekommen. In den Jahren 1936 und 1937 haben Tausende von Deutschen aus der Kremnitz-Deutsch Probener Sprachinsel als Saisonarbeiter im deutschen Mutterlande lohnenden Verdienst gefunden. Etwa 35 Mill. Kc. haben sie an Ersparnissen in ihre verarmte Heimat mitnehmen können. Aus diesen Mitteln haben sie einen Teil der drückenden Schuldenlast, die ihnen die wirtschaftliche Haßpolitik der tschechischen Gewaltherren aufgebürdet hatte, abtragen können. Auch in diesem Jahre haben wieder Tausende auf Arbeit und Verdienst im Deutschen Reiche gehofft. Das Preßburger Landesarbeitsamt aber hat den Deutschen der Sprachinsel die Saisonwanderung nach Deutschland verboten. Damit ist die wirtschaftliche Erholung, die mit dem Einfließen der aus dem Reich stammenden Verdienste eingesetzt hatte, bedroht. Auch dieses Verbot des Preßburger Amtes liegt in der Linie der tschechischen Politik, das Deutschtum wirtschaftlich auszuhungern und moralisch zu zermürben.

Das Abkommen von Augustowo

Am 29. März wurde in Augustowo ein litauisch-polnisches Abkommen unterzeichnet, das den Post-, Fernsprech-, Telegraphen-, Funk-, Eisenbahn-, Straßen- und Flugverkehr zwischen Litauen und Polen regelt. Dabei ist zu bemerken, daß die in dem Abkommen vereinbarten Verkehrsmöglichkeiten ausschließlich den beiderseitigen Gesandtschaften dienen. Für den allgemeinen Personen- und Wirtschaftsverkehr ist die litauisch-polnische Grenze (bzw. Demarkationslinie) auch weiterhin vorerst gesperrt. Für den Postverkehr ist eine Grenzübergangsstelle (zwischen Vievis und Zawiasy) festgesetzt worden. Für den Fernsprechverkehr sind zwei Verbindungen (zwischen Vievis und Rikatai sowie zwischen Kalwarja und Suwalki) eingerichtet worden. Dieselben Uebergänge sind für den Telegraphenverkehr eröffnet worden. Der Eisenbahnverkehr ist vereinbarungsgemäß am 9. April auf der Strecke Wilna—Kauen (Uebergang zwischen Vievis und Zawasie) aufgenommen worden. Für den Straßenverkehr sind vier Uebergänge freigegeben worden, und zwar 1. Mariampol—Kalwarja—Suwalki, 2. Wilkomir—Szirwinty—Kiele—Mejszagola, 3. Olita—Varena—Eisiskis und 4. Vievis—Zawasie. Die Oeffnung dieser Uebergänge ist auf den 29. März, den 15. April, den 1. Mai und

den 1. August festgesetzt worden. Der am 31. März eröffnete Flugverkehr ist auf zwei Strecken, längs der Bahnlinie Kauen—Virbis—Zawasie und längs der Chaussee Mariampol—Kalwarja—Suwalki, zugelassen. Die an den Grenzübergängen eingerichteten Kontrollpunkte dürfen höchstens in einer Höhe von 500 Meter überflogen werden. Für jeden Flug ist eine mindestens 72 Stunden vor dem Start einzuholenden Genehmigung erforderlich. Was Polen in den Augustower Verhandlungen erreicht hat, ist nicht viel. Mit den von polnischer Seite dringend gewünschten Verhandlungen über die Oeffnung der Grenze (bzw. Demarkationslinie) für den allgemeinen Personen- und Wirtschaftsverkehr hat man es in Kauen anscheinend nicht eilig. In Warschau fängt man schon an, ungeduldig zu werden.

Polen versucht Litauen zu beruhigen

Seit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Litauen und Polen ist die polnische Regierungspresse sichtlich bemüht, dem litauischen Partner die bittere Pille des Ultimatums vom 17. März zu versüßen. Mit milder Versöhnlichkeit ist sie bestrebt, den gedemütigten Partner der polnischen Achtung vor seiner völkischen Eigenständigkeit und staatlichen Selbständigkeit zu versichern. So hat die „Gazeta Polska" z. B. geschrieben: „In Polen gab es und gibt es niemals feindliche Gefühle gegenüber dem nordöstlichen Nachbarn. Im Gegenteil, die polnische öffentliche Meinung verfolgt mit aufrichtiger Sympathie die Erscheinungen und Errungenschaften gesunder Entwicklung im modernen Litauen, dessen staatliche und kulturelle Leistungen nur Achtung erwecken können und dessen wesentliche Interessen Verständnis finden." Und im „Kurjer Warszawski" hat es u. a. geheißen: „Polen ist ein Staat, dessen Söhne niemals an der Vernichtung fremder Unabhängigkeit oder an der Teilung eines anderen Staates mitgewirkt haben. Es ist bereit, die Frage der beiderseitigen Sicherheit und der Verteidigung des Friedens mit dem unabhängigen Litauen auf gleichem Fuß zu behandeln." Man wird zugeben müssen, daß sich diese lockenden Versicherungen weder mit den geschichtlichen Tatsachen noch mit gewissen gegenwärtigen Erscheinungen des politischen Lebens in Polen vereinbaren lassen.

Litauen will einen neuen Hafen bauen

Wie der „Expreß Poranny" aus Kauen berichtete, soll die litauische Regierung beschlossen haben, in dem Fischerdorf Swienta einen neuen großen Hafen zu bauen. Swienta liegt nur 20 Kilometer von Memel entfernt, jenseits der alten deutsch-russischen Grenze an der Mündung des gleichnamigen Flusses. Der dort vorhandene Fischerhafen soll zu einem großen, auch für Ueberseeschiffe zugänglichen Handelshafen ausgebaut werden. Der Bau einer Bahnlinie, die Swienta über Schaulen mit dem litauischen Hinterlande verbinden soll, sei bereits in Angriff genommen. Auch der städtische Bebauungsplan für Swienta sei bereits fertiggestellt, und die Pläne für eine Befestigung des Platzes seien auch schon vorhanden. Der Plan eines solchen litauischen Hafens, der den Memeler Hafen für Litauen entbehrlich machen würde, ist schon in früheren Jahren in der litauischen Oeffentlichkeit wiederholt erörtert worden.

Das deutsche Pressewesen in Großlitauen

Vor dem Kriege gab es in den zum heutigen litauischen Staat gehörenden Gebieten (ohne das Memelgebiet) kein deutsches Presseorgan. Bis zu einem gewissen Grade wurden die Belange des dortigen Deutschtums von dem in Warschau erscheinenden „Evangelisch-lutherischen Sonntagsblatt" mitberücksichtigt. Die erste deutsche Zeitung in diesen Gebieten erschien während des Krieges. Es war dies die von der deutschen Militärverwaltung herausgegebene „Kowner Zeitung", deren erste Nummer am 1. Januar 1916 herauskam. Dieses täglich erscheinende Blatt diente der allgemeinen Information. Anfang 1918 stellte es sein Erscheinen ein. Bis 1920 war dann das Deutschtum Großlitauens wieder ohne eigene Presse. Am 17. Juli dieses Jahres begann dann als Organ der Deutschen Partei Litauens die „Litauische Rundschau" zu erscheinen. Sie war ein ausgesprochenes deutsches Minderheitenblatt, kam anfangs zweimal, dann dreimal und zuletzt eine Zeitlang sechsmal wöchentlich heraus. Mit dem 23. Juli 1922 mußte sie infolge wirtschaftlicher Schwierigkeiten ihr Erscheinen einstellen. Im gleichen Jahre wurde dann das „Evangelisch-lutherische Gemeindeblatt für Litauen" gegründet, das bis 1927 bestand. An weiteren deutschen Publikationen kam für die Jahre 1922, 1923 und 1924 der „Deutsche Kalender für Litauen"

heraus. Ein neuer Versuch der pressemäßigen Versorgung des großlitauischen Deutschtums wurde mit der Herausgabe einer zum ersten Mal am 8. Juni 1924 erscheinenden deutschen Tageszeitung gemacht, die wieder unter dem Namen „Litauische Rundschau" erschien und vier Jahre lang, bis zum Juni 1928 bestand. Nach dem Eingehen dieses Blattes begann im Jahre 1928 unter dem Titel „Gruß aus Emmaus" ein noch heute bestehendes, in längeren unregelmäßigen Zeitabständen ausgegebenes Informationsblättchen des deutschen evangelisch-lutherischen Missionsvereins zu erscheinen. Für das Jahr 1925 wurde ein für das evangelische Deutschtum Großlitauens bestimmter Kalender „Zeit und Ewigkeit" in Deutschland gedruckt. Dieser Kalender bestand bis zum Jahre 1929. Mit dem Jahre 1930 gelang es endlich, dem Pressewesen der Deutschen Großlitauens eine festere Gestalt zu geben. Die Kauener Deutsche Genossenschaftsbank gab in den Jahren 1930 und 1931 einen reich illustrierten und zahlreiche Berichte über das Deutschtum Großlitauens enthaltenden „Deutschen Genossenschaftskalender für Litauen" heraus. Die von derselben Stelle herausgegebenen „Deutschen Genossenschaftsnachrichten" konnten nur in sechs Nummern, von Juli bis Dezember 1930, erscheinen. Am 11. Januar 1931 erschien dann die erste Nummer der heute noch bestehenden Wochenschrift „Deutsche Nachrichten für Litauen" in Kauen. Sie dient sowohl der allgemeinen politischen Information, wie auch als Verbindungsorgan zwischen den zerstreut lebenden Gruppen des Deutschtums. In der Vertretung der völkischen Belange des Deutschtums wird sie durch das herrschende politische System weitgehend behindert. Im Jahre 1932 wurde außerdem der schon 1922 bis 1924 herausgegebene „Deutsche Kalender für Litauen" wieder ins Leben gerufen.

Deutsch-polnische Pressebesprechungen

Am 4. und 5. März fand in Warschau eine der in der Uebereinkunft über die Befriedigung der öffentlichen Meinungsbildung vom März 1934 vorgesehenen deutsch-polnischen Pressebesprechungen statt. Ueber die Besprechung wurde folgende amtliche Mitteilung veröffentlicht: „Die deutsch-polnischen Pressebesprechungen haben heute nach zweitägigen Verhandlungen ihren Abschluß gefunden. In eingehenden Erörterungen wurden alle Elemente der öffentlichen Meinungsbildung durchgesprochen, wobei erneut der aufrichtige Wille zum Ausdruck kam, alles dafür einzusetzen, daß das Werk wechselseitiger Befriedung im Geiste des deutsch-polnischen Abkommens vom 26. Januar 1934 und der Minderheitenerklärung vom 5. November 1937 gefördert wird. Daneben halten beide Abordnungen eine unmittelbare Fühlungnahme auch zwischen Vertretern der beiden Länder für wünschenswert, in der sie eine wertvolle Ergänzung der beiderseitigen Pressebeziehungen erblicken. Die in offener und freimütiger Verhandlung geführten Verhandlungen zwischen beiden Abordnungen werden gegen Ende dieses Jahres in Berlin fortgesetzt werden."

Das Brühlsche Palais in Warschau

Das polnische Außenministerium in Warschau ist bekanntlich in einem der repräsentativsten Gebäude der Hauptstadt, dem Brühlschen Palais, untergebracht. Das Palais war in der Zeit der russischen Herrschaft derart verschandelt worden, daß es mehrerer Jahre bedurfte, um ihm wieder das Aussehen zu geben, das es einst zur Zeit Augusts des Starken hatte. Der Komplex, auf dem heute das Brühlsche Palais steht, gehörte etwa bis zum Jahre 1650 der Familie Ossolinski, die dort ein schloßartiges Gebäude errichten ließ. Dann wurde der Besitz vorübergehend Eigentum der Fürsten Lubomirski. Zu Beginn des 17. Jahrhunderts erwarben die Grafen Sanguszki das Schloß, das aber bald darauf Eigentum Augusts II., Kurfürsten von Sachsen und Königs von Polen, wurde. Es wechselte jedoch wieder den Besitzer, und schließlich kaufte den ganzen Komplex Minister Brühl. Die Umbauarbeiten, die damals vorgenommen und vor allem von der Gattin des Ministers sehr gefördert wurden, führte der deutsche Baumeister Johann Gottfried Knöbel, ein Schüler des bekannten Dresdner Architekten Knöffl, aus. Doch Brühl konnte sich nicht lange des Besitzes erfreuen. Er starb bereits vier Jahre nach der endgültigen Fertigstellung des Palais, im Jahre 1763, und der Besitz wechselte von nun an ständig den Eigentümer. Für einige Zeit wurde dort die russische Gesandtschaft untergebracht, dann residierte dort Fürst Adam Poninski, und im Jahre 1783 erwarb das Palais der Wilnaer Bischof Massalski. Es war darauf für wenige Jahre der „Palast der Republik",

verlor jedoch im Laufe der Zeit immer mehr seinen repräsentativen Charakter. Als man nicht mehr wußte, was man mit diesem herrlichen Bauwerk beginnen sollte, wollte man es auf dem Wege einer Lotterie loswerden. Der Plan wurde jedoch wieder verworfen und schließlich wurden im Palais Kleinwohnungen für Finanzbeamte eingerichtet. Dann schien, wenigstens für einige Zeit, der alte Glanz wieder zurückzukehren. In dem Gebäude wurde die Preußische Landesregierung untergebracht und später schlug dort die französische Gesandtschaft ihren Sitz auf. Schließlich wurde das Palais auch Sitz des Großfürsten Konstantin. Das wechselvolle Schicksal blieb dem Palais jedoch auch in den nächsten Jahrzehnten treu, bis schließlich, im Jahre 1882, in seinen Räumen das Zentrale Telegrafenamt für das Königreich Polen untergebracht wurde. Gerade in dieser Zeit wurden die meisten der noch vorhandenen Kunstwerke zerstört, und man scheute selbst davor nicht zurück, den Ballsaal in eine orthodoxe Kapelle zu verwandeln. Erst nach Wiederaufrichtung des polnischen Staates wurde dem Palais diejenige Beachtung geschenkt, die seiner würdig ist.

Aus- und Rückwanderung Polens 1937

Das Polnische Statistische Hauptamt hat vor kurzem die Zahlen der Aus- und Rückwanderung Polens für das Jahr 1937 veröffentlicht. Danach wanderten im vergangenen Jahre 102 366 Personen aus Polen aus, und die Rückwanderung belief sich auf 40 784 Personen. Nach europäischen Staaten wanderten aus 77 589 und nach Uebersee 23 768 Personen. Von den überseeischen Ländern waren Haupteinwanderungsgebiete Argentinien (8 470), Paraguay (5 245), Palästina (2 790), Kanada (2 001), Brasilien (1 967) und die Vereinigten Staaten (1 568). Die polnische Ueberseewanderung war also ganz überwiegend in die lateinamerikanischen Länder gerichtet. Bei dieser Wanderung handelte es sich fast durchweg um Dauerwanderung, denn aus den überseeischen Gebieten kehrten im Jahre 1937 nur 1 764 Personen nach Polen zurück. Von den europäischen Ländern kamen die meisten polnischen Auswanderer auf Frankreich (33 020), Lettland (22 831), Deutschland (12 148) und Belgien (8 310). Bei der polnischen Auswanderung nach diesen Ländern handelte es sich zum großen Teil um Saisonwanderung. Aus Frankreich kehrten 7 568 Personen nach Polen zurück, aus Lettland 18 819 und aus Deutschland 10 972. Die nach Belgien ausgewanderten Personen (fast durchweg Bergarbeiter) blieben nahezu sämtlich im Lande. Nach Frankreich wanderten über 25 000 Personen aus Polen mehr ein, als sie nach Polen zurückkehrten. In Deutschland blieben von den statistisch erfaßten 12 148 aus Polen ausgewanderten Personen 1 176 zurück, bei denen es sich wohl zum größten Teil um deutsche Volkszugehörige handelte. Zu bemerken ist hierzu, daß im vergangenen Jahre eine sehr beträchtliche Zahl von Polen über die grüne Grenze nach Deutschland kam. Aus Lettland kehrten von den dorthin ausgewanderten Personen (zumeist landwirtschaftliche Arbeitskräfte wahrscheinlich überwiegend weißrussischen Volkstums) etwa 4 000 Personen nicht wieder nach Polen zurück. Frankreich, Belgien und Lettland sind also diejenigen europäischen Staaten, die beträchtliche Mengen polnischer Dauereinwanderer aufnahmen.

Der Polenbund zum 10. April 1938

Die Funktionäre des Bundes der Polen in Deutschland haben sich veranlaßt gesehen, gewisse Vorbehalte zu der Abstimmung vom 10. April d. J. zu machen. Diese Vorbehalte sind zwar politisch in höchstem Maße belanglos, dafür aber psychologisch um so interessanter. Sie haben in ihrer Presse eine Erklärung veröffentlicht, derzufolge sie ihre Anhänger aufgefordert haben, ihr „Ja" für den Anschluß abzugeben. Dann aber hat es weiter geheißen: „Gleichzeitig finden am 10. April 1938 Wahlen zum Reichstag statt. Auf der Reichswahlliste figurieren aus Gründen, für die die polnische Bevölkerung nicht verantwortlich ist, keine Vertreter des polnischen Volkstums. Die Tatsache, daß die Wahlen zum Reichstag auf der Stimmkarte mit der Abstimmung über den Zusammenschluß zu einer Frage vereint sind, ergibt praktisch keinerlei Möglichkeit, in zwei Fragen zwei verschiedene Antworten zu geben. Dies Hindernis zwingt die polnische Bevölkerung in Deutschland zu folgender Erklärung. Die polnischen Stimmen bejahen einzig die Abstimmungsfrage zum Thema der Vereinigung Oesterreichs mit dem Reich, nicht aber die Wahlliste für den Reichstag, die keine Vertreter polnischen

Volkstums nennt. . ." Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß diese zwiespältige Erklärung der Polenbund-Funktionäre auf die durchaus berechtigte Befürchtung zurückzuführen ist, daß eine an die Polen im Reich gerichtete Aufforderung, mit „Nein" zu stimmen, die allzu geringe Zahl der Anhänger offenkundig gemacht haben würde, über die diese Funktionäre verfügen. Im übrigen hat die deutsche Presse in Polen daran erinnert, daß die deutsche Volksgruppe in Polen bei den letzten Sejmwahlen ihre Stimme vorbehaltlos dem polnischen Regierungsblock zur Verfügung gestellt hat, obwohl ihr trotz mehr als zehnfacher zahlenmäßiger Ueberlegenheit gegenüber den polnischen Splittern im Reich keine Abgeordneten im polnischen Sejm zugebilligt worden waren und obwohl sie damals, als sie das tat, noch damit rechnen mußte, daß ihr auch im polnischen Senat keine Sitze eingeräumt werden würden.

Hetzwoche des Westverbandes

Ende März bis Anfang April veranstaltete der polnische Westverband unter dem Motto „Das Grenzgebiet — Polens Panzer" in ganz Polen eine seiner großen Propagandaaktionen, mit denen er alljährlich mit Unterstützung der Behörden die Oeffentlichkeit gegen das Deutschtum in Polen aufputscht und auf die Notwendigkeit einer Revision der Versailler Grenzen hinweist. Von den zahllosen Kundgebungen, die im Rahmen dieser Aktion in ganz Polen durchgeführt wurden, seien einige, die den Geist dieses staatlich unterstützten Verbandes charakterisieren, erwähnt. Auf einer Kundgebung in Gdingen wurde eine Entschließung verlesen, die sich mit der deutsch-polnischen Grenzfrage befaßte. Es hieß darin u. a.: „Zugleich stellen wir fest: Erstens daß der polnischen Nation durch den Versailler Vertrag ein bitterer Schaden zugefügt wurde, weil das Land an der Küste, das von Polen bewohnt ist, nur teilweise an Polen abgegeben wurde; zweitens, daß wir keine Anstrengungen und Opfer scheuen werden, bis das vom Mutterland abgeteilte Land wieder zu ihm zurückkehrt; drittens, daß durch die Anzweiflung des Polentums Pommerellens die polnisch-deutschen Beziehungen nicht gebessert werden." — In Bielitz fanden vom Westverband veranstaltete Umzüge und Versammlungen statt. Die Schüler der polnischen Mittel- und Fortbildungsschulen wurden in geschlossenem Zuge durch die Straßen der Stadt geführt, wobei sie Hetz- und Schmährufe gegen das Deutschtum ausstießen. Von einem mit Schulkindern besetzten Lastkraftwagen wurden Flugzettel mit hetzerischen Aufrufen gegen das Bielitzer Deutschtum verteilt. An einer Versammlung, die in den Räumen des Gymnasiums stattfand und mit der „Rota", dem bekannten Hetzlied, geschlossen wurde, mußten auch die deutschen Schüler der Bielitzer Fortbildungsschulen teilnehmen. Den Höhepunkt der Veranstaltungen bildete eine Kundgebung des Westverbandes im Schießhaussaal, an der staatliche, kommunale und militärische Würdenträger teilnahmen. In den Reden, die dort gehalten wurden, wurde die restlose Ausrottung des Bielitzer Deutschtums gefordert und dem Westverband die Aufgabe gestellt, das „Klein-Berlin" der Deutschen in Polen innerhalb weniger Jahre hundertprozentig zu polonisieren!

Deutsche Schulbauten in Bromberg und Wollstein

Am 1. April erhielt der Vorstand des Bromberger Deutschen Schulvereins eine Verfügung des Stadtpräsidenten, durch die die Genehmigung zum Weiterbau des deutschen Schulgebäudes in Bromberg erteilt wurde. Der Bau hatte Ende April 1937 infolge behördlichen Verbotes eingestellt werden müssen. Fast ein Jahr lang bemühte sich der Deutsche Schulverein vergebens um die Aufhebung des sachlich unbegründeten Verbotes. Auch die Hoffnung, daß von polnischer Seite als Gegenleistung für die Eröffnung des polnischen Internatsgymnasiums in Marienwerder am 1. Oktober 1937 der Weiterbau freigegeben werden würde, erfüllte sich nicht. Mit der Fertigstellung des Gebäudes, in dem die drei privaten Lehranstalten des Bromberger Deutschtums, die Volksschule, das Gymnasium und das Lyzeum, untergebracht werden sollen, ist bis zum Herbst d. J. zu rechnen. — Die deutsche Privatvolksschule in Wollstein, die sich in kurzer Zeit von einer Schülerzahl von 20 auf 70 entwickelt hat, konnte sich keine, einer deutschen Schule würdigen Arbeitsstätte für ihre Erziehungsarbeit schaffen, da ihr auf Grund der Bau- und Grenzzonenbestimmungen der Neubau behördlicherseits mehrfach nicht genehmigt worden ist. Erst jetzt, nach mehreren Jahren eines provisorischen Zustandes, hat

sich die polnische Behörde entschlossen, den Deutschen ihr Recht zu geben, eine eigene Schule für ihre Kinder zu errichten.

Wachsender Geburtenüberschuß in Danzig

Wie im Deutschen Reiche, so wies auch in der Freien Stadt Danzig die natürliche Bevölkerungsbewegung in der Nachkriegszeit eine zunächst langsam, dann immer schneller fortschreitende Verschlechterung auf. Doch lagen Geburtenzahl, Geburtenüberschuß und Sterblichkeit in der Freien Stadt stets höher als im Reich. Auf 1000 Bewohner kamen im Jahre 1920 in der Freien Stadt Danzig (in Klammern: im Reich) 32,2 (25,9) Geburten und 17,1 (15,1) Sterbefälle, der Geburtenüberschuß betrug also 15,1 (10,8) a. T. Bis zum Jahre 1933, in dem sich die Folgen der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus noch nicht auswirken konnten, ging der Tausendsatz der Geburten auf 19,0 (14,7) und der Sterbefälle auf 11,5 (11,2) zurück; der Geburtenüberschuß sank also auf 7,5 (3,5) a. T. Mit der Machtergreifung trat, wie im Reiche, so auch in der Freien Stadt eine wesentliche Wendung zum Besseren ein. Der Tausendsatz der Lebendgeborenen betrug in den Jahren 1934, 1935 und 1936: 21,8 (18,0), 22,9 (18,9) und 22,4 (19,0). Der Tausendsatz der Sterbefälle entwickelte sich in den drei Jahren folgendermaßen: 11,7 (10,8), 12,4 (11,8) und 11,9 (11,8). Demgemäß stieg der Geburtenüberschuß auf 10,1 (7,1), 10,5 (7,1) und 10,5 (7,2). Der Geburtenüberschuß lag also in der Freien Stadt Danzig um mehr als 3 Punkte höher als im Reich.

Bücher über den Osten

Die zweite deutsche Ostsiedlung im westlichen Netzegau. Von Werner Schulz. Band 9 der Schriftenreihe „Deutschland und der Osten. Verlag von S. Hirzel, Leipzig 1938. 85 Seiten mit 4 Karten, 1 Textkarte und 2 Stammtafeln. — Das ostdeutsche Gebiet, das der Verfasser untersucht, umfaßt die Umgegend der Landstädte und Kirchdörfer Schloppe, Behle, Schönlanke, Filehne, Lubasch, Czarnikau, Usch, Kolmar und Budsin. Die zweite deutsche Ostsiedlung, die dargestellt wird, beginnt um die Mitte des 16. Jahrhunderts und reicht in dem behandelten Gebiet bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts hinein. Auf Grund eines ausgedehnten Quellenstudiums in deutschen und polnischen Archiven gibt der Verfasser ein einwandfreies und interessantes Bild des drei Jahrhunderte umfassenden Siedlungsvorganges im westlichen Netzegau. Es sind vor allem im Gebiet nördlich der Netze nahezu ausschließlich Deutsche gewesen, die in diesen drei Jahrhunderten dort als Bauern oder Bürger angesetzt worden sind. Es ist eine langsam und stetig fortschreitende, nur durch die Zeit der Schwedenkriege unterbrochene Ausweitung des deutschen Volksbodens gewesen. Die Versuche polnischer Grundherren, polnische Bauern anzusetzen, sind selten geglückt. Die vom Verfasser herangezogenen Urkunden reichen aus, um feststellen zu können, daß schon um die Mitte des 17. Jahrhunderts die Gebiete nördlich der Netze fast ausschließlich deutsch gewesen sind und daß es auch südlich der Netze damals bereits zahlreiche deutsche Dörfer und in den polnischen Dörfern zumeist auch deutsche Gruppen gegeben hat. Die textliche Darstellung wird durch drei Karten, die den Besiedlungsstand des westlichen Netzegaus um 1550, um 1650 und im Jahre 1773 zeigen, veranschaulicht. Diese Karten beweisen, daß das genannte Gebiet zu Beginn der zweiten deutschen Ostsiedlung von weiten, zusammenhängenden Wäldern und Sümpfen bedeckt war und nur spärliche besiedelte und wirtschaftlich genutzte Inseln aufgewiesen hat, also erst durch die deutsche Besiedlung tatsächlich der Kultur erschlossen worden ist. Was in dem vorliegenden Band im Zusammenhang dargestellt worden ist, findet in dem als Band 10 der Schriftenreihe „Deutschland und der Osten" von demselben Verfasser erschienenen „Quellen zur Geschichte der zweiten deutschen Ostsiedlung im westlichen Netzegau" seine Ergänzung und urkundliche Belegung. In diesem zweiten Teil sind alle Einzelheiten von rein örtlicher und heimatkundlicher Bedeutung enthalten. Für alle (alphabetisch geordneten) Orte des behandelten Gebietes wird hier der Inhalt der sich auf sie beziehenden Urkunden wiedergegeben. Den Schluß des 274 Seiten umfassenden Bandes bildet ein Verzeichnis aller in den Urkunden vorkommenden Familiennamen. Dr. K.

Ostdeutschland und Osteuropa. Ein Hilfsbuch zur Behandlung deutscher Ostfragen aus Geschichte und Gegenwart. Von Gustav Simoleit. Verlag A. W. Zickfeldt, Osterwieck (Harz) und Berlin 1937. 208 Seiten mit 16 Kartenskizzen. Preis geheftet 5,40 RM. Leinen 6,60 RM. — Das Buch zeichnet sich durch eine bewußte grenzpolitische Haltung aus. Es bietet eine umfassende Darstellung der volks- und staatspolitischen Entwicklung des

Germanentums und des Deutschtums im Osten. Ohne der lockenden Gefahr zu erliegen, sich in Einzelheiten zu verlieren, stellt es die für die Formung des ostwärts gerichteten deutschen Geschichtsbewußtseins wesentlichen Tatsachen heraus. Es verdient angesichts der gewaltigen Stoffhülle, die in diesem Band zusammengedrängt ist, besonders hervorgehoben zu werden, daß dem Verfasser weder sachlich noch hinsichtlich der Betrachtungsweise nennenswerte Irrtümer unterlaufen sind. Die Behandlung des Themas ist historisch zuverlässig und politisch geschickt. In einem kurzen ersten Teil wird die nationalsozialistische Einstellung zum Osten erklärt und begründet. Der zweite, wesentlichste Teil gibt ein Bild der germanischen und deutschen Ostentwicklung, die sich über mehr als drei Jahrtausende spannt. Die friedliche Eindeutschung Schlesiens wird ebenso behandelt wie der Kampf um Preußen und die Gewinnung des Ostalpengebietes für den geschlossenen deutschen Volksboden. Und die Leistung des baltischen Deutschtums findet ebenso Berücksichtigung wie die Erschließung der Wolga- und Schwarzmeergebiete durch deutsche Kolonisten und die Vorpostenstellung des siebenbürgischen Deutschtums. Der dritte Teil ist der Gegenwart gewidmet; er enthält einen Abriß der wesentlichsten Tatsachen der ostmitteleuropäischen und osteuropäischen Staaten, dabei insbesondere einen Ueberblick über Stand und Schicksal der in diesen Staaten lebenden deutschen Volksgruppen gebend. Das starke Bedürfnis nach einer zusammenfassenden Behandlung alles mit der deutschen Ausrichtung auf den Osten zusammenhängenden Wissensstoffes wird durch das Buch von Simoleit vollauf befriedigt. Als Hilfsbuch zur Behandlung deutscher Ostfragen, als welches es sich bezeichnet, ist das Buch hervorragend geeignet. Sein Stoff ist wissenschaftlich begründet, anschaulich dargestellt und klar gegliedert. Dr. K.

Der Ritt nach Riga. Aus den Kämpfen der Baltischen Landeswehr gegen die Rote Armee 1918—1920. Von Eugen Frhr. von Engelhardt. Volk und Reich Verlag, Berlin 1938. 156 Seiten. 1 Karte und 16 Bildtafeln. — Das siebenhundertjährige baltische Deutschtum war die einzige auslanddeutsche Volksgruppe, die nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches den Versuch machte, ihr Heimatrecht mit der Waffe zu sichern. Schon aus diesem Grunde verdient das vorliegende Buch, das den ersten zusammenhängenden Bericht über die Entstehung, die Kämpfe und das Ende der Baltischen Landeswehr enthält, große Beachtung. Wurde in den meisten der bisher über die Baltikumkämpfe erschienenen Bücher die Baltische Landeswehr stets mehr oder weniger nur am Rande mitbehandelt, so steht hier die bewaffnete Selbsthilfe des lettländischen Deutschtums, im Mittelpunkt der Betrachtung. Das ist vom volksdeutschen Standpunkt aus umso berechtigter, als ja die Waffenhilfe reichsdeutscher Truppenabteilungen und Freikorps erst durch die baltische Selbsthilfe ausgelöst wurde. Der Inhalt gliedert sich in zwei Teile. Der erste enthält die erweiterten Tagebuchaufzeichnungen des Barons Wilhelm von Engelhardt, des Gründers und Führers der „Kavallerieabteilung Engelhardt", der im Jahre 1921 an den Folgen einer Verwundung, die er bei einem Mordanschlag durch einen Letten erlitten hatte, starb. Im zweiten Teil gibt Eugen von Engelhardt, der Sohn des Genannten, eine zusammenhängende Darstellung der Kämpfe der Baltischen Landeswehr. Die politischen Begleitumstände und Hintergründe dieser Kämpfe werden jeweils nur gestreift. Man verfolgt die Darstellung der Kämpfe, vor allem des tragischen Kampfes um Wenden, wo estnische Truppen als Gegner der Baltischen Landeswehr gegenübertraten, des abenteuerlichen Rittes nach Lettin, 150 Kilometer hinter die feindliche Front, wo der erste unerwartete Zusammenstoß mit den Esten erfolgte, und die Kämpfe in Lettgallen, in denen die Balten schon nicht mehr für ihre eigene Sache, sondern unter englischen Befehl für die lettische Republik kämpften, mit wachsender Spannung. Der Baltischen Landeswehr und dem Baltenregiment, ihrer estländischen Schwestertruppe, blieb der Ruhm, in einem der kritischsten Augenblicke an der entscheidenden Stelle den Durchbruch des kriegerischen Bolschewismus nach Europa aufgehalten zu haben, bis erst reichsdeutsche und dann andere Kräfte auf den Plan treten konnten. Ohne diese Tat des baltischen Deutschtums gäbe es vielleicht keine baltischen Staaten und hätte es wohl auch kein „Wunder an der Weichsel" gegeben. Es war die tiefe Tragik dieses Kampfes, daß seine Früchte schließlich von den Gegnern geerntet wurden. Dr. K.

Die Rast. Gedichte von Rudolf Fitzek. „Der Oberschlesier" Verlag, Oppeln 1938. 29 Seiten. Preis 1,— RM. — Rudolf Fitzek ist u. a. durch sein Drama „Volk an der Grenze" bekannt geworden. Wie dort, so spricht auch aus den Gedichten, die das vorliegende schmucke Bändchen enthält, das Bekenntnis des Dichters zu Heimat und Grenze. Dr. K.

Geschichte des Deutschtums in Chodziez-Kolmar und Umgebung. Von Kurt Lück. 60 Seiten. **Geschichte des Deutschtums in Jastrzebowo-Rosenau und Umgebung.** Von Max Grossert. 80 Seiten. **Geschichte des Deutschtums in Czarnkow-Czarnikau und Umgebung.** Von Karl Otto. 59 Seiten. Verlag der Historischen Gesellschaft in Posen. Posen 1937 u. 1938. Preis je 0,60 RM. — Die Schriften sind als die ersten drei Hefte der von Kurt Lück und Alfred Lattermann herausgegebenen Reihe „Unsere Heimat" erschienen. Sie sollen der deutschen Heimatbildung und Familienüberlieferung dienen, sind mit je einer Uebersichtskarte und mehreren Abbildungen im Text versehen. Sie geben einen knappen und übersichtlichen Abriß der Geschichte der jeweils behandelten Gebiete und beweisen die durch jahrhunderte lange Arbeit erworbene Heimatberechtigung des Deutschtums im Posener Land. Sie sind wertvoll sowohl als Beiträge zur allgemeinen Geschichte des Posener Deutschtums wie als Beiträge zur Orts- und Familiengeschichte. Dem ihnen gesteckten Ziel, die Heimat-

verbundenheit des Posener Deutschtums zu vertiefen und zu rechtfertigen, werden die von guten Sachkennern verfaßten Schriften in vollem Umfang gerecht. Schrifttumshinweise regen zu einer weiteren Beschäftigung mit den behandelten Fragen an und durch jeweils auf die betreffende Gegend zugeschnittene Ratschläge wird versucht, die Schriften für die deutsche Sippenforschung fruchtbar zu machen. Es ist zu hoffen, daß alle alten Siedlungsgebiete der Westwojewodschaften Posens in dieser Form bearbeitet werden. Dr. K.

Johannas Wanderung. Roman. Von Eva Szelburg-Zarembina. Aus dem Polnischen übersetzt von Heinrich Koitz. Universitas Verlag, Berlin 1937. 352 Seiten. Preis 6,80 RM. — Der Roman der polnischen Schriftstellerin erzählt die Lebensgeschichte eines jungen Mädchens, das elternlos unter Verwandten und fremden Menschen herumgestoßen wird. Die sinnliche Triebhaftigkeit, die soziale und seelische Beengtheit und der düstere Aberglaube der östlichen Menschen geben der Erzählung einen dumpfen und dem deutschen Leser wenig ansprechenden Akzent. Die zarte und einfache Gestalt der kleinen Johanna hebt sich von dem unfreundlichen Hintergrund wie ein schwaches Leuchten ab. In der Liebe zu dem jungen, aber wenig männlich wirkenden Kay findet das Leben Johannas nach einer überschatteten Jugend seine Erfüllung. Dr. K.

Ich trat an ein Soldatengrab. Wegerlebnis auf Oesel. Von Hubert Koch. Verlag J. Neumann, Neudamm 1938. 32 Seiten mit 14 Bildern und einer Kartenskizze. Preis 1,— RM. — Diese kleine Schrift ist dem Gedenken des Dichters und Leutnants Walter Flex gewidmet, der im Oktober 1917 bei Peude auf Oesel fiel und dort beigesetzt wurde. Der Verfasser erinnert an die Eroberung der Insel durch die deutschen Truppen. Die weltabgeschiedene Landschaft Oesels wird in seinen Worten lebendig. Von Walter Flex, dem Soldaten und Dichter der deutschen Kriegsjugend, ist die Rede. Sein Grab ist ein Heiligtum des deutschen Volkes geworden und es soll eine Pilgerstätte deutscher Jugend werden. Hierzu will die kleine Schrift ein Wegweiser sein, und zugleich eine Mahnung zu der Gesinnung, die in des Dichters Worten enthalten ist, die in das schlichte Steinkreuz seines Grabes eingemeißelt ist: „Wer auf die preußische Fahne schwört, hat nichts mehr, was ihm selber gehört." Dr. K.

Eckpfeiler Fraustadt. Von Willi Schober. Verlag der Grenzmärkischen Heimatblätter, Schneidemühl 1937. 44 Seiten mit 19, z. T. ganzseitigen Abbildungen. Preis 0,80 RM. — Diese kleine Schrift ist in der Reihe der „Grenzmarkführer" erschienen. Sie behandelt die seit Jahrhunderten deutscheste Stadt des Posener Landes, die von polnischen Geschichtsschreibern unter den wenigen bedeutenden Städten des untergehenden altpolnischen Staates genannt wird. Fraustadt entstand als deutsche Stadt; es war deutsch, als es 1343 unter polnische Herrschaft kam. Und es blieb deutsch während der 450 Jahre, die es zu diesem Staate gehörte. Es war mit seiner Tuchmacherei, Goldschmiedekunst usw. ein weithin bekanntes Zentrum deutschen Handwerkerfleißes. Namen wie Valerius Herberger, Melchior Teschner, Caspar Hoffmann, Friedrich Lauterbach u. a. zeugen von der starken und gesunden Lebenskraft deutschen Volkstums im Posener Land. In Versailles sind die Stadt und ein Teil des Kreises dem Deutschen Reiche erhalten geblieben. Aber wenige Kilometer vor der Stadt verläuft die neue Grenze und schnürt deren wirtschaftliches Leben zusammen. In knappen Zügen wird in der vorliegenden Schrift die politische, völkische, wirtschaftliche und kulturelle Geschichte Fraustadts geschildert. Dr. K.

Wir Soldaten. Eine Gemeinschaftsarbeit von jungen und alten Soldaten. Zusammengestellt und herausgegeben von Johannes von Kunowski. Mit 300 Abbildungen. Verlag für Volkstum, Wehr und Wirtschaft, Berlin W 30. Preis 7,50 RM. — Es ist ein besonderer Verdienst des Verlages, der es sich durch seine Monatszeitschrift „Wehr und Vaterland" schon seit langem zur Aufgabe gemacht hat, den Wehrgedanken in Deutschland zu fördern und zu unterstützen, das Werk „Wir Soldaten" herausgebracht zu haben. Wir werden durch dieses Buch mit allen Waffengattungen der jungen wiedererstandenen deutschen Wehrmacht vertraut. 300 ausgezeichnete Abbildungen, umrahmt von kurzen Episoden aus dem Soldatenleben, von Soldaten geschrieben, zeigen uns den Ernst und die Schwere des Soldatenberufes, aber auch seine Freuden. Das nationalsozialistische Deutschland ist stolz auf seine junge Armee, und das Buch „Wir Soldaten" ist mit dazu berufen, die enge Verbundenheit des Deutschen Volkes mit seiner Wehrmacht zu dokumentieren. Dem Buch ist weiteste Verbreitung zu wünschen. Hoffmeyer

Verlag Dr. Friedrich Osmer, Berlin SW 61, Lankwitzstr. 2-3. — Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Kredel, Berlin-Friedenau, Illstr. 2. — Druck: Westkreuz-Druckerei GmbH., Berlin-Lichtenrade, Moltkestr. 7. — Verantwortlich für Anzeigen: Kurt Haupt, Fichtenau b. Berlin. — Erscheint monatlich zweimal. Postbezug vierteljährlich RM. 0,90. Einzelnummer RM. 0,20 und RM. 0,05 Postgebühr. — Anzeigenpreisliste 4. — J. v. W. g. — Alle Zuschriften sind an den Bund Deutscher Osten, Berlin W 30, Motzstr. 46 (Fernruf 25 09 14) zu richten.